

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

9. Woche für die Zeit vom 27. Februar bis 5. März 1903.

Posen, den 10. März 1903.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 48 des Oredownik (Posen)

vom 28. Februar 1903:

Eine neue Monatschrift

wird Herr L. Swinarski in Wongrowitz herausgeben, und zwar unter dem lateinischen Titel Quo vadis. Aus dem Vorwort der Redaktion ist schwer zu entnehmen, welchen Charakter dies Blatt haben wird. Es findet sich daselbst folgender Absatz:

„Die Zeitschrift Quo vadis ist sich der Schwierigkeiten bewußt; doch da sie der Lösung folgt „Friede ernährt, Unfriede verzehrt“ wird sie mit Energie und mit klar vorgestelltem Ziele nach edler, verständiger und ehrenvoller Eintracht streben, die Vorzüge, Tugenden und guten Absichten der beiden im Widerstreit befindlichen kämpfenden Lager hervorheben und den Übermut sowie die absichtlichen Fehler dieser Lager veröffentlichen und rügen.“

Dieser Absatz ist nicht ganz klar. Sollte es sich um die Eintracht zwischen Polen und Hakatisen handeln?

Das Blatt wird in Posen erscheinen, die Redaktion in Wongrowitz sein. Der Prospekt ist gedruckt in der Druckerei des Herrn Biedermann.

Aus Nr. 486 des Kuryer Poznański (Posen)

vom 14. November 1902.)*

Die Polen unter preussischer Herrschaft und Rußland.

In letzter Zeit könnte man ganze Bände füllen mit Sympathiekundgebungen der russischen Presse gegenüber den Polen unter preussischer Herrschaft. Die Breschener Affaire, das Züchtigen von Kindern, das Einkerkern von Frauen, das Infettenschmieden von Redakteuren, das Anfüllen der Gefängnisse mit unsrer Jugend, die Auflösung von Versammlungen, die Kolonisation und alle sonstigen Bekundungen des Empfindens der deutschen Nation gegenüber dem slawischen Polenvolke, das ist das unaufhörliche Thema warmer Artikel der russischen Blätter.

Und die russische Publizistik geht weiter. Wir hören die Äußerungen hervorragender Vertreter der russischen Nation, welche die Zensur passieren ließ und worin geradezu Selbstverwaltung für die Polen mit dem Sitz Warschau gefordert wird. „Die Polen haben“ — so heißt es darin — „ein natürliches Recht an die polnischen Lande, an alle die Landesteile, wo das

Volk polnisch ist und die Sprache der einheimischen Bevölkerung die polnische ist.“

Alle diese Sympathiebezeugungen sind nicht gleichgültig für die allgemeine europäische Meinung. Die englische Presse erstattet über sie weitläufig Bericht und knüpft an sie verschiedene Bemerkungen, welche den Grad der Widerstandsfähigkeit Preußens Rußland gegenüber betreffen. Das Gleiche tut die französische und insbesondere die italienische Presse, welche sich gegenwärtig mit den slawischen Angelegenheiten mehr als je befaßt. In den süd- und westslawischen Blättern finden wir ebenfalls Auslassungen, daß die Polen in Preußen ausgesprochene Russophilen werden sollten, da dies die Deutschen ungeheuer fürchteten und es das einzige Mittel sei, welches eine Linderung der Verhältnisse in Westpolen herbeiführen könnte. Zugleich machen diese Blätter darauf aufmerksam, daß die schärfste Bedrückung der Polen erst dann begonnen habe, als es den Deutschen zu Caprivis Zeiten gelungen, die Polen zu einer scharfen Abjage an Rußland zu veranlassen.

Dieselben Blätter stellen fest, daß angesichts des Charakters der preussischen Politik jede Loyalität polnischerseits zu nichts haben führen können, daß das preussische Element, je mehr es sah, daß unter den Polen Neigung zur Versöhnung vorhanden gewesen sei als Entgelt für die Freiheit der Sprache und die polnischen Bekundungen des gesellschaftlichen Lebens, diese Neigung zum einträchtigen Zusammenleben mit den Deutschen als Schwäche auslegte und dreist gemacht durch diese Schwäche sofort die Bedrückung zu erneuern begann. Mitthin, — so folgern jene Stimmen — da die Politik der Loyalität eine Enttäuschung brachte, da Preußen keine treuen, polnisch sprechenden und lebenden Bürger haben will — so bleibt nur der entgegengesetzte Weg, der Weg zur Drohung übrig. Und diese Drohung kann nur extreme Russenfreundschaft sein, das Sichberufen auf die Sympathien des mächtigen, benachbarten Rußland, ohne Rücksicht darauf, ob dieses Rußland seine Polen gut oder schlecht behandelt. Jedenfalls muß diese Drohung auf dem Hintergrunde des slawischen Empfindens bei den Deutschen Furcht und ein Nachlassen der Bedrückung hervorrufen, und andrerseits kann eine solche Gesinnung der Westpolen das Verhältnis der russischen Regierung zu ihren eigenen Untertanen polnischer Herkunft günstig beeinflussen. Diese Ansicht ist unter den West- und Südslaven in Prag und Laibach vorherrschend.

Lassen wir die Ansichten der europäischen Presse weiter Revue passieren, so stellen wir fest, daß die deutsche Presse, soweit sie in Diensten der deutschen Regierung steht, über das Thema der Gefahr der Russenfreundschaft der Polen überhaupt schweigt. In den unabhängigen Blättern aber finden wir oft Warnungen ad usum der Regierung; sie stellen fest, Preußen habe sich durch den Hakatismus im Osten

*) Siehe zu diesem Artikel die Besprechung im Kraj. Gef.-Überbl. Seite 162. (Red. d. Gef.-Überbl.)

ein Schreckgespenst hervorgerufen, welches nicht mehr loszuwerden sein werde. Zusammengekommen beginnt die allgemeine europäische Meinung wiederum die polnische Frage als den Bauern auf dem europäischen Schachbrett anzusehen, und sie registriert sorgsam jede polnische, besonders jede westpolnische Äußerung, welche prinzipiell den Standpunkt betrifft, den wir gegenüber dem durch den äußeren Schein diplomatischer Artigkeit verdeckten russisch-deutschen Antagonismus einnehmen. Welches ist und welches sollte angesichts eines derartigen Sachverhalts der Standpunkt der westpreussischen Presse und Volksgesamtheit gegenüber der russisch-polnischen Frage sein? Wir scheuen uns nicht, auf diese Frage eine entschiedene Antwort zu geben.

Der Standpunkt Westpolens gegenüber den russischen Sympathien sollte sich stützen und stützt sich auf den Grundsatz nüchterner Betrachtung zweier Interessen, des speziellen Interesses Westpolens und nicht minder auch des allgemeinen Interesses der gesamten polnischen Nation. Dieser Gesichtspunkt fordert aber von uns, daß wir darüber nachdenken, welcher Art unser Verhältnis Rußland gegenüber in seiner weiteren Entwicklung sein soll und dann, ohne daß wir uns dabei selbst der Gefahr aussetzen, die Rolle des Bauern zu spielen, der von den einen oder von den andren ausgepielt wird, auch ohne wegen anscheinender eigner Vorteile den Standpunkt unsrer Landsleute jenseits der Grenze zu gefährden. Wir stellen von vornherein fest, daß die Mehrheit unsrer Volksgesamtheit heut alle diese Umstände berücksichtigt.

Wiederholt hat bereits der beachtenswerte Teil der westpolnischen Presse, und deutlich auch unser Blatt betont, daß wir einen Russophilismus sans phrase, der darauf beruht, die Deutschen taktisch mit irgend welcher russisch-polnischen Verschwörung zu schrecken, ihnen zu drohen mit einem Aufstande der westpolnischen Bevölkerung zu Gunsten Rußlands für den Fall eines Krieges, nicht betreiben. Die Kenntnis der in den internationalen Konflikten angewandten, allgemein bekannten Taktik ist uns nicht fremd; sie beruht darauf, daß der eine Staat die Unzufriedenheit eines Teiles der Bewohner des andren Staates ausnützt, um jenen andren Staat auf diese Weise zu schwächen. Das tat England vor 1863, als es die Polen zum bewaffneten Vorgehen gegen Rußland zu drängen suchte, um letzteres zu einer Diversion von dem Terrain der englisch-russischen Konflikte zu nötigen. Das tat Fürst Bismarck, als er die Ungarn gegen Österreich zu gewinnen suchte. Das tat vordem Frankreich England gegenüber, als es zu Zeiten Napoleons I. angesichts des projektierten, durch die Niederlage bei Trafalgar unmöglich gemachten Feldzugs gegen England mit seinem Golde und mit seinen Agenten Irland überschwemmte. Ebenso wie sich unsre Volksgesamtheit sogar gegen den Schein sträubt, die Rolle der deutschen Vorhut gegen Rußland zu spielen, ebenso werden wir uns nie mit der Rolle eines russischen Bauern Deutschland gegenüber einverstanden erklären, mit der Rolle eines Bauern, den man opfert, nachdem man ihn ausgenutzt. Wir wissen wohl, daß Rußland sogar ohne einen scharfen Konflikt mit Deutschland gegebenenfalls das polnische Schreckgespenst letzterem gegenüber verschieben, und dann als Entgelt für die Hilfe Deutschlands auf einem andren Gebiet, z. B. auf dem Terrain der westasiatischen Politik sein Verhältnis zu den Polen überhaupt ganz den Erwartungen des Berliner Kabinetts anpassen könnte, wie schon so viele Male geschehen ist.

Grundsätzlich lassen wir also Russenfreundschaft sans phrase bei uns nicht zu. Wir lassen sie sogar nicht zu mit Rücksicht auf die von der südslawischen Presse hervorgehobene Möglichkeit, eventuell hierdurch

bei der preussischen Regierung Furchtempfindungen hervorrufen zu können, welche bei uns Erleichterungen in nationaler Hinsicht nach sich ziehen könnten. Diese Furcht und diese Erleichterungen könnten nach unsrer Meinung nur dann Gegenstand ernstlicher Diskussion sein, wenn die preussische Regierung in der Tat davon überzeugt wäre, daß die russischen Sympathieen nicht lediglich ein taktisches Manöver seien, das jeden Augenblick zurückgezogen werden könne auf dem Markte der allgemein politischen Kombinationen. Von dieser Überzeugung kann aber in der jetzigen Lage nicht die Rede sein.

Unsre Anschauung hinsichtlich unsres Verhältnisses zu Rußland sollte weiter und tiefer reichen, und dies ist auch der Fall. Unsre Anschauung umfaßt die Gesamtgestalt der Nation; sie trennt das Interesse Westpolens nicht von dem Interesse der unter russischem Szepter lebenden Polen.

Wir wollen nicht, daß Rußland, indem es die Entwicklung der slawischen Idee bei uns sieht, und indem es ferner sieht, wie die Äußerungen der russischen, sich unsrer warm annehmenden Presse tatsächlich sympathisch begrüßt werden, uns unsern Brüdern jenseits der Grenze gegenüberstellen und sich an sie wenden könnte mit der Aussicht, sie beklagten sich doch zu Unrecht über Bedrückung, da doch die Westpolen mit solcher Begeisterung sich über die Segnungen des polnisch-russischen Verhältnisses äußerten. Nein! Die slawische Idee, von der wir bis ins Innerste durchdrungen sind, das Gefühl der Stammesverwandtschaft mit den Russen, welches in uns lebt und wächst, gestattet uns keineswegs die Augen zu schließen demgegenüber, wie sich Rußland selbst in der praktischen Anwendung der slawischen Idee denjenigen Polen gegenüber benimmt, welche seinem Regiment unmittelbar unterstehen. Darin liegt der Kern der Frage.

Diese Rücksicht muß für uns maßgebend sein, sie muß darüber bestimmen, ob wir die slawische Verbindung ansehen können als eine Sache der nahen oder einer fernen Zukunft.

In dieser Hinsicht müssen wir grade jetzt angesichts der sympathischen Auslassungen der russischen Presse, angesichts der unbestreitbaren Bereitschaft der Polen der großen, brüderlichen, slawischen Volksgemeinschaft die Hand zu reichen, die Worte des russischen Monarchen wiederholen: „Point de réveries!“ Diese unter anderen Umständen gesprochenen Worte können auch auf die heutigen Zeiten angewandt werden. Fort mit dem Wahn! Halten wir uns an die reale Entwicklung der polnisch-russischen Angelegenheit!

Und wie stellt sich diese Entwicklung heut real dar? Rußland, welches seinen Blättern gestattet, sich warm der Westpolen anzunehmen, hält gleichzeitig bei sich Verhältnisse aufrecht, welche ganz unvereinbar sind mit der slawischen Idee, mit der Verbrüderung der Nationen, welche die Kinder derselben slawischen Mutter sind.

Mögen uns die Russen nicht darauf erwidern, sie hätten uns doch vor dem Jahre 1831 eine fast völlige Autonomie gegeben und eine nicht viel geringere vor dem Jahre 1863, und in beiden Fällen hätten wir die relative Freiheit benutzt, um die Waffen gegen Rußland zu kehren! Es genügt darauf, einfach zu antworten, daß Rußland bis heutigen Tags über das Terrain ausgedehnter politischer Freiheiten hinaus, auf welche lediglich sich jener Vorwurf im Sinne der ihn Vorbringenden beziehen könnte, den Polen gegenüber eine ganze Reihe von Ausnahmegesetzen auf dem rein religiösen und wirtschaftlichen Gebiete anwendet, welche mit den eigentlichen Freiheiten politischen Charakters nichts gemein haben.

Sollen wir die endlosen Hintanziehungen auf konfessionellem Gebiet, die Knebelung der katholischen Kirche auf dem ganzen Raume des russischen Reiches aufzählen?

Wo ist hier die politische Grundlage für die Bedrückung, wo irgendwelche Möglichkeit einer Befürchtung dessen vorhanden, daß die Aufhebung dieses Tatbestandes den politischen Zusammenhalt des Staates schädigen könnte?

Russische, fürwahr bezeichnende und bemerkenswerte Stimmen wie z. B. die des Generals Kirijew behaupten, daß es sich Rußland nur darum handle, den einverleibten Provinzen, also den Landen, wo das Volk nicht polnisch ist, den russischen Charakter zu erhalten; doch wie steht diesen Äußerungen die Tatsache zu Gesicht, daß in Kongreßpolen, in einem rein polnischen Lande, die Schulen russisch sind, daß sogar den Handels- und Bankgenossenschaften anbefohlen ist, bei der inneren Führung der Bücher die russische Sprache anzuwenden?

Wie paßt es zu jenen Äußerungen, daß zu den Ämtern Polen nicht zugelassen werden, sogar zu solchen Ämtern, welche mit der Politik nichts zu tun haben, wie z. B. bei der Eisenbahn? Möge also unsere Stimme, die deutscher Sympathien nicht verdächtig ist, die Stimme des Teiles der polnischen Gesamtheit, der am lebhaftesten von der slawischen Idee durchdrungen ist, bis zu den russischen Slaven gelangen und sie dahin aufklären, daß wir, soweit wir mit aufrichtiger Sympathie die Bekundungen ihrer Teilnahme für uns begrüßen, soweit wir aufs wärmste wünschen, daß die Morgenröte des Zusammenhaltens und der Verbrüderung der Slaven sobald als möglich aufleuchten möge, soweit wir endlich aufrichtig vertrauen, daß die ersten Strahlen dieser Morgenröte sich schon inmitten der russischen Volks Gesamtheit zeigen auf dem Hintergrunde allmählichen Durchdringens von denselben Idealen des Kulturfortschritts, welche andre slawische Nationen durchdringen, — daß wir gleichzeitig ebenso weit diese Brüderschaft nur als eine herrliche und erhabene Zukunftsidee ansehen müssen, solange wir nicht sehen, daß die slawische Idee in Rußland aus dem Gebiet der Obstruktion und des Ideals und manchmal vielleicht auch der kalten politischen Berechnung sich dem Terrain der realen Anwendung nähert, sich nicht in die Tat umsetzt unsren Brüdern jenseits der Grenze gegenüber.

Slawophilen sind wir mit Leib und Seele. Wir fühlen tief den prinzipiellen Unterschied zwischen unserm Rassenverhältnis zu dem uns von Grund aus fremden deutschen Element und unserm Rassenverhältnis zum slawischen Rußland; aber grade deshalb müssen wir an Rußland die Forderung stellen, daß es selbst gleichfalls in der Tat von diesem heiligen Ideal durchdrungen werde, das auf ihm als auf dem heut mächtigsten slawischen Organismus lastet in Gestalt einer geschichtlichen Pflicht.

Aus Nr. 47 des Oredownik (Posen)

vom 27. Februar 1903:

Reform.

Unter diesem kurzen Titel erhielten wir schon vor jahn Tagen einen Artikel. Er stammt, wie man zu zegen pflegt, aus angesehenen Kreisen, von einer Person, welche nach Amt und Würden berufen ist, unsre Politik zu leiten und zu prüfen.

Der Verfasser möchte augenscheinlich Reformen in der Leitung unsrer Politik, die er in einer interessanten, bei uns ungewöhnlichen, zuzeiten originellen Form

belauchtet, die der prüft und wägt hinsichtlich dessen, was sie in einzelnen Teilen wert ist, dabei macht er manche prägnante Vorschläge hinsichtlich der Wahl der Abgeordneten für den Reichstag, hinsichtlich der Politik der Fraktion und hinsichtlich des Verhältnisses derselben zum Zentrum und zu den Sozialisten.

Mit einer Reform von der Art, wie sie der Autor skizziert, sind wir keineswegs einverstanden; wir erblicken in ihr keinerlei Vorteile, noch hat sie sogar bei uns irgendwelche soziale Grundlage. Eine Reform ist nötig, sei es auch eine radikale, aber auf dem vom Autor vorgeschlagenen Wege wird man nicht zu ihr gelangen.

Dessenungeachtet bringen wir den ganzen Artikel ohne jede Abänderung — seiner Vorzüge halber, seines politischen Scharfsinns wegen. Mittelbar sollte er breitere Kreise zum Nachdenken darüber anregen, auf welche Weise man sich an die Reform machen könnte.

Daraus wird natürlich nichts werden, denn zu Reformen sind wir zu träge und zu schwerfällig.

Der uns eingesandte Artikel lautet:

Aus der Provinz.

Da alle Nationen nach Reformen, nach der Besserung der materiellen, moralischen oder politischen Existenz streben, lassen sich mit Recht auch bei uns seit einer gewissen Zeit immer öfter Stimmen vernehmen, welche fordern, daß vor allem die Sitten einzelner Mitglieder der Volks Gesamtheit sich bessern. Nur schwache oder gar keine Äußerungen werden dahin laut, daß es gelte, die allgemeinen sozialen Aufgaben zu bessern, daß es gelte, Reformen auf dem großen Schachbrett einzuführen, wo nicht der einzelne Bauer entscheidet, sondern wo die Partie der gesamten Nation entschieden wird. Und es könnte fast scheinen, als ob wir nichts zu bessern hätten, als hätten wir die bisherigen traurigen Erfahrungen vergessen und nichts daraus gelernt.

Und doch ist es jetzt vor den Wahlen die höchste Zeit, die Notwendigkeit einer Reform unsrer politischen Tätigkeit zu berühren. Es ist das der geeignete Moment, denn die Berufung neuer oder der alten Vertreter in den Reichstag entscheidet über unsre fernere Politik.

Ich will mich über die bisherige Tätigkeit der Fraktion nicht auslassen; sie hat getan, was bei der gegebenen Zusammenfassung, bei der in ihr herrschenden Tradition und der daraus sich ergebenden Konsequenz zu tun möglich gewesen ist. Unsre Abgeordneten haben gesprochen und gehandelt nach dem besten Wissen, — daß ist die Ansicht der Allgemeinheit, und das genügt ihnen untrüglich.

Man kann jedoch nicht verhehlen, daß sie nicht vermocht haben, auch nur eine Niederlage, auch nur einen gegen unsre Nationalität geführten Schlag erfolgreich abzuwehren.

Ich spreche nicht von den moralischen Erfolgen, — an solchen fehlt es uns nicht, — aber kann einen Politiker der Ruf befriedigen „Alles verloren außer der Ehre?“

Ich höre und lese manchmal: Wir verstanden es dank den würdigen und maßvollen Reden unsrer Abgeordneten, das moralische Übergewicht über den Gegner zu erringen, und unsre Standarte weht hoch!

Das ist hübsch, — ich bestreite es nicht, — aber es ist nur eine Phrase, und der nüchterne Politiker sucht vor allem reale Erfolge. Und wenn die Optimisten weiter rufen, die Zügel unsrer Politik ruhten in angesehenen, ehrwürdigen Händen, so bestreite ich auch das nicht.

Was nützt aber der Kutcher, und wäre er noch so ehrenwert, und wüßte er noch so schön vom Kutchock herab zu den widerpenstigen Säulen zu reden, wenn er im gegebenen Augenblick nicht die Peitsche zu gebrauchen, und nach rechts oder links umzulenken weiß, um einem üblen Gleise auszuweichen und den Wagen aus dem Sumpf herauszubringen?! Mit einem Gegner, der, ohne in der Wahl der Mittel scrupulös zu sein, unsre Existenz untergräbt, kann man nicht auf dem graden Wege verfahren, kann man nicht mit ehrlicher Waffe kämpfen. In der Politik handelt es sich auch nicht darum, daß der Gegner hochachte, sondern daß er respektiere. Was haben wir an unsrer joviele Jahrhunderte lang geübten historischen Ritterlichkeit gewonnen? Wir haben die ärgsten Demütigungen erlebt, wir haben erlebt, daß uns der erste beste Troddel zu sagen wagt „Ladisläus“ oder daß er uns wie der Dr. jur. Kramer noch niederträglichere Ausdrücke ins Gesicht schleudert?! Auch heut schlägt ein . . . vor, für unsre Ritterlichkeit Hossjagden als Akt der Assimilierung auszurichten. Unzweifelhaft sollen wir dort als Treiber zugelassen werden. Mögen sich beizeiten diejenigen einrichten, welche dazu werden berufen werden!

Ich habe in der Deutschen Jäger-Zeitung gelesen, die Junker hätten manchmal solche Funktionen ausgeübt als „die Herren Treiber!“ *Difficile est, satiram non scribere!* (Das ist eine wahre Satyre.)

Mitteltst solcher Künste sucht man uns zu fangen, indem man auf unsre Willfährigkeit, auf unsre Politik, auf unsre gesellschaftlichen Vorzüge rechnet. Man kennt uns in dieser Hinsicht. Haben wir doch vor kurzem gesehen, wie einer der Abgeordneten von der Rednertribüne her wetterte, während sein Kollege*) gleichzeitig dem angegriffenen Minister die Hand drückte. Es ist das vielleicht ritterlich, es schwächt aber den Eindruck der Aktion selbst ab, und es sieht so aus, als wollte der zweite sagen: „Ärgere Dich nicht, er meint es nicht so arg!“ Diese Artigkeit wäre übrigens kein Fehler, und sie ist bei einem Politiker eine sehr angenehme Zugabe, wenn sie nicht aus der Konsequenz der Aktion selbst entspränge. Die polnische Fraktion setzt sich überwiegend aus Ultramontanen zusammen, zum Teil aus wirklichen, zum Teil aus solchen, welche von der traditionellen Politik der Ultramontanen durchdrungen, durch die Bräuche und sogar auch durch höfisches Blut mit ihnen alliiert sind.

Die Fraktion hält infolgedessen an den Rockschößen des Zentrums fest, jenes Zentrums, daß gegenwärtig Regierungspartei par excellence ist. Und wir haben hier eine merkwürdige Erscheinung politischer Kurzsichtigkeit, daß nämlich, während die polnische Fraktion gleichsam ein Teil des Zentrums ist, welches letzteres bei der Regierung das höchste Vertrauen genießt, die polnische Fraktion als „reichsfeindlich“ angesehen und demgemäß behandelt wird. Es bedarf offenbar einer geschickten Politik der Zentrumsleute, um das Verhältnis und die Verbindung durch joviele Jahre aufrechtzuerhalten.

Es ist das Verhältnis einer Amme, welche keine Nahrung für das Kind hat und welche das Kind zu täuschen sucht, indem sie ihm statt ihrer Brust einen mit Zucker bestreuten Pflöpfen in den Mund steckt. In den polnischen „Debatten“ werden ein oder zwei Redner aus der Mitte abdelegiert, welche mit wohlwollenden, manchmal mit rührenden Worten sich über uns auslassen, die uns widerfahrende Unbill streifen, das Verfahren der Regierung rügen — und — *finita la comedia!* Bei der Abstimmung bekommt eine be-

deutende Anzahl der Abgeordneten zufällig Durst; man sitzt am Büffet, — und wir sind zufrieden und lutschen weiter am Pflöpfen. So war es stets, so war es auch bei der letzten Interpellation. Und wir überzeugen uns weiter, wie die „erprobten Bundesgenossen“ als Lohn die Jesuiten erhalten, während unsre Landesteile dem Luthertum preisgegeben werden. Denn seht Ihr Herren Politiker denn nicht, daß die Rechte und das Zentrum nur hinsichtlich des schließlichen Zieles sich vom Hakatismus unterscheiden?

Das, was Löhning ausgesprochen hat ist maßgebend in ihrer Politik. (Löhning hat in seiner Verteidigung gesagt, er sei dafür, daß sogar eine Milliarde für Ansiedelungszwecke bewilligt werde, aber nicht bei dem gegenwärtigen System des Hakatismus.) Genug also von dieser äußerst zweifelhaften Freundschaft! Die Fraktion muß reformiert werden durch Vervollständigung mittelst neuer Kräfte, vor allem durch Männer, welche unabhängig sind vom Zentrum, von dem höfischen Wesen, vom gehobnerten Parkett, durch Männer der Tat, durch Leute von der Schneidigkeit eines Bebel, Vollmar und Singer. Sind uns doch sogar die Ober-schlesier vorangekommen, indem sie Kandidaten aufstellten unter dieser Losung der Unabhängigkeit! Folgen wir ihrem Beispiel, lassen wir fürs erste die Ritterlichkeit beiseite und treffen wir den Gegner an seiner Achillesferse.

Gegenwärtig sind die kräftigste, die am besten organisierte Partei die Sozialisten. Mit ihr rechnen die Regierungen aller Staaten und namentlich die Deutschen . . . Nirgends hat man joviele Gesetze gegen sie geschmiedet, ihre Kraft und Bedeutung aber wächst unausgesetzt sowohl bei der Regierung als auch im Reichstage, während unsere Bedeutung hier wie da im Sinken begriffen ist. Ziehen wir eine Parallele! Wie haben sich z. B. die Reichstagspräsidenten, — nebenbei gesagt, Verbündete, — gegenüber der Aktion der sozialdemokratischen Abgeordneten in Sachen der Essener und Breslauer Kaiserrede verhalten, und wie benahm sich der Vorsitzende gegenüber Glembocki in Sachen der Thorner und der Marienburger Rede?

Graf Ballesirem sah sich, weil er Vollmar nicht gestattet hatte, jene Reden zu besprechen, gezwungen, von der Präsidentenstellung zurückzutreten, — über uns ist man zur Tagesordnung übergegangen, und das Zentrum war still, nur die Sozialisten gaben ihrer Entrüstung Ausdruck.

Welche Macht in der damaligen sozialistischen Aktion lag, das weiß das polnische Publikum sogar nicht einmal genau, da unsre Blätter die sensationelle Rede Bebels vom 24. Januar, mit welcher sich die gesamte politische Welt befaßt hat, nicht wiedergegeben haben. Weshalb? Es geschah das aus drei Gründen: Infolge unsres Bündnisses, welches nicht gestattet, die Kraft eines Antagonisten zu offenbaren, aus Artigkeit und Ritterlichkeit, vor allem aber im Empfinden unsrer monarchischen Traditionen. Denn fürwahr, merkwürdig ist es, daß die königliche Regierung, welche eine friedliche und arbeitssame Bevölkerung hat — keine andre würde joviele Verfolgungen ruhig ertragen, — und vor allem die am meisten von allen Nationen Europas monarchisch gesinnte Bevölkerung, — daß diese Regierung alle Kräfte anstrengt, um jene Bevölkerung nicht zu assimilieren, sondern um sie auszurotten, und sie zu ersetzen durch Leute überaus problematischer Natur, durch Leute, die aus verschiedenen Ländern der Monarchie herbeigebracht worden und welche von den Ideen des Umsturzes und der Demokratie durchfogen sind. Es ist das ein Fehler, den die Regierung nicht sieht; jeden Fehler des Gegners muß man sich zu nütze machen.

*) Der Abgeordnete Prälat v. Jazdzewski-Schroda (Red. d. Ges.-Ueberbl.).

Wir hatten leider niemals Männer von einer realen Politik der Tat, von eiserner Faust, entsprechend dem Momente der Gefahr und der Epoche in unserer Geschichte. Halten wir in der Geschichte der letzten Jahrhunderte Umschau, — finden wir da auch nur einen mit Erfolg handelnden Politiker? In der letzten Zeit schienen zwei Männer am politischen Horizonte aufzuleuchten, in Wien Badeni — in Berlin Koscielski. Doch worauf lief die Sache hinaus?

Badeni erschrak beim ersten Widerstande der Wiener Spießbürger. Und Koscielski? Koscielski hat vom Schloßplaz aus mit einem geradezu imponierenden salto mortale uns die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneten empfohlen. Und es brach ein kleiner Sturm aus, — zwar nur in einigen Zeitungen, aber auch das schon reichte hin, um Herrn v. Koscielski einzuschüchtern und ihn renegieren zu machen, — schnelligst nannte er seine eigenen Einfälle eine Utopie.

Und doch hat nach meiner Überzeugung Herr v. Koscielski vielleicht einen der besten Einfälle in seinem politischen Wirken in dem Augenblicke gehabt, als er sich mit dem Korrespondenten des *Kraj* unterhielt. Wenn es ihm mit dem Einfall wirklich ernst war, wenn er ihn durchführen wollte und seine Äußerung nur ein Versuchsalton sein sollte, so ist er allzu rücksichtslos darauf losgegangen. Wie immer hat ihn das heiße jarmatische Blut fortgerissen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nr. 45 des *Dziennik Poznański* (Posen)

vom 25. Februar 1903:

Ob der neue Oberbürgermeister

die regierungsseitige Bestätigung erhalten wird, wissen wir nicht, darum werden wir uns heut über die Wahl und die Aufgaben des künftigen Oberbürgermeisters nicht breiter auslassen. Aus der Vergangenheit ist bekannt, daß die Stadtverordnetenversammlung wiederholt den verstorbenen Herje als liberalen Kandidaten gewählt hatte. Die Regierung bestätigte ihn nicht und sandte schließlich ihren Kommissar, der in der Folge mittelst der polnischen Stimmen zum Stadtoberhaupt gewählt wurde.

Möglich ist, daß auch jetzt die Regierung die Wahl nicht bestätigen wird, denn der Gewählte ist Katholik und hat eine Katholikin zur Frau. Man sagt bereits, für den Fall der Nichtbestätigung werde polnisch-deutscher Kandidat ein gewisser Herr Matting, der zweite Bürgermeister von Charlottenburg sein.

Wir wissen nicht, welchen politischen Standpunkt der gewählte Oberbürgermeister einnehmen wird. Er weiß das wahrscheinlich selbst noch nicht, denn auch er wird außer dem eigenen Gewissen den drei konkurrierenden Regierungen nachgeben müssen, ebenso, wie sein Vorgänger, der als Freisinniger gewählt wurde und als Konservativer und rücksichtsloser Verteidiger des bedrängten deutschen Vaterlandes geendet hat.

Wundern könnte man sich darüber, daß ein Mann, der so mit dem Strome zu schwimmen gewußt hat, nicht den Ehrgeiz besaß, auf dem Plaze zu bleiben. Er zog es vor, nach Berlin auf den fetten Posten eines Bankdirektors zu gehen, als sich mit den Folgen seiner verschwenderischen Wirtschaft herumzuschlagen, die das arme Posen in unglaubliche Schulden gestürzt hat.

Wir können uns diese Wirtschaft nicht anders erklären, als daß Herr Witting dafür, daß er uns dem Hafatismus zur Beute fallen ließ, erwartet hat, für seine Wirtschaftspolitik bedeutende Beihilfen aus antipolnischen Fonds für die Städte überhaupt, besonders aber für die Stadt Posen zu erhalten. Und als er

sich schließlich überzeugte, daß man oben das polnische Zell gern aus irgend jemandes Händen entgegennehme, daß man aber nach den an der Ausiedelungskommission gemachten Erfahrungen dafür etwas zu zahlen nicht die Absicht habe, da ließ er das undankbare Feld der antipolnischen Posener Wirtschaft fallen, um dem Nachfolger den Kummer über die verzweifelte Lage der Hauptstadt des Großherzogtums zu überlassen, selbst aber ein vorzügliches Geschäft an dem Stellenwechsel zu machen.

Wir erwähnen dies darum, weil vielleicht unsere Auslassung dem Herrn Dr. Wilms zu Gesichte kommt und ihm unsere Warnung dann die Lage von der wirtschaftlichen Seite her aufklären wird.

Die Staatsbürgerzeitung gibt dem Wunsche Ausdruck, daß der neue Oberbürgermeister nicht nach Posen gelangen möge unter dem Schutze des „Weißen Adlers“. Indes ist das bis zu einem gewissen Grade geschehen, denn 14 polnische Stimmen haben ihn über die Gegner triumphieren machen, obgleich sie nicht ausschließlich zu seinen Gunsten den Ausschlag gaben.

Darum werden wir, wenn er bestätigt werden sollte, von ihm nicht Dank, sondern nur Sparsamkeit und Gerechtigkeit verlangen.

Aus Nr. 41 des *Wielkopolanin* (Posen)

vom 21. Februar 1903:

Die Verbote regnen als wie aus einem Füllhorn herab.

Aus Jaratschewo wird uns mitgeteilt:

Im letzten Augenblicke — sieben Stunden vor Beginn — ist uns die Theateraufführung verboten worden.

Die Sache verhält sich folgendermaßen:

Der vom Pfarrer Ludwigzak vor vier Monaten ins Leben gerufene Arbeiterverein wollte am 15. d. Mts. eine Abendunterhaltung veranstalten, gelegentlich welcher der völlig unschuldige Schwank „Der Jude in der Tonne“ zur Aufführung gelangen sollte, an welchen sich die Chorgefänge „Wenn man zum polnischen Tanze tritt“ und „Wenn im reinen Felde“ anschließen sollten.

Die örtliche Polizeiverwaltung, welche doch, wie man von ihr erwarten muß, die örtlichen Verhältnisse am besten kennt, gab die Erlaubnis zu der geplanten Aufführung, bis auf einmal der Herr Landrat aus Jaratschin die Erlaubnis zurückzog und die Einreichung des Theaterstücks sowie der Gefänge zur Prüfung forderte. Zwei Tage darauf forderte er die Übersetzung des Theaterstücks und der Gefänge, doch sandte er die Originale nicht zurück. Dies war am Sonnabend, den 14. d. Mts. Auch der Herr Regierungspräsident, zu welchem sich unser Seelsorger persönlich begab, wollte die Erlaubnis nicht erteilen und sandte am Sonntag Mittag ein das Verbot der Abendunterhaltung aussprechendes Telegramm. Aus der Verzögerung der Angelegenheit — denn der Verein hat 10 Tage vor der Vorstellung den Antrag um Erlaubniserteilung bei der Polizei gestellt — ist zu sehen, daß namentlich der Herr Landrat die Erlaubnis von vornherein nicht erteilen wollte.

Un der Grund des Verbots?

„In Jaratschewo herrschen gespannte Verhältnisse.“ Jawohl, es herrschen gespannte Verhältnisse, aber nur in der Schule, denn unsere Kinder treten mannhaft für ihre Muttersprache ein und weigern sich, beim Religionsunterricht in der Schule deutsche Antworten zu geben.

Was hat aber das Theaterstück „Der Jude in der Tonne“ mit der Schule zu tun? Und übrigens, wer kennt die örtlichen Verhältnisse besser, der in Jaroschin wohnhafte Herr Landrat oder die örtliche Polizeiverwaltung? Die letztere hat die Erlaubnis erteilt und gespannte Verhältnisse am Orte nicht für bestehend erachtet. — Gespannte Verhältnisse haben nicht geherrscht, aber es könnte leicht dazu kommen und die Israelsöhne, welche anscheinend zur Herbeiführung dieses Verbots beigetragen haben, können das Eintreten der gespannten Verhältnisse leicht an ihren Geschäften verspüren. Gebe doch Gott, daß sich dem Volke hinsichtlich des jüdischen Wohlwollens die Augen öffnen, dann soll es uns gar nicht leid tun, daß uns diese Freude vereitelt worden ist.

Vielleicht werden sich jetzt auch endlich die fanatischen polnischen Judenfreunde von der Art der jüdischen Freundschaft überzeugen. Und hier am Orte gibt es nicht wenig solcher Judenfreunde. Es ist nicht nur für die zu den Juden hinströmende Landbevölkerung eine wahre Schande, sondern auch für die städtischen Bürger, welche, trotzdem sie ihre Kaufleute und Gewerbetreibenden haben, zu den Juden gehen und somit den niedrigeren Volksschichten ein böses Beispiel geben. Wenn sie doch endlich die Juden durchschauen möchten. Sie wundern sich über uns arme Arbeiter, aber handeln selbst nicht besser. Ihr fordert von uns, daß wir bei Euch kaufen sollen, so kauft auch ihr bei den Euren.

Wir bitten diese Korrespondenz auch in andere Zeitungen aufzunehmen. —

Soweit der Korrespondent.

Das Verbot der Abendunterhaltung ist für unsre Verhältnisse sehr bezeichnend. Es legt nämlich davon Zeugnis ab, wie engherzig und bureaukratisch sogar die höheren Behörden ihr Aufsichtsrecht auffassen.

Auf die einfache Mutmaßung hin, daß im Orte gespannte Verhältnisse herrschen, wird dem armen polnischen Arbeiter das Vergnügen gestört. Wenn der Herr Landrat wüßte, welche Vorbereitungen die Veranstaltung einer solchen Theateraufführung erfordert und wie sich der den ganzen Tag über beschäftigte Arbeiter auf solch eine Abendunterhaltung freut — und je mehr Mühe und Anstrengung die Veranstaltung eines solchen Vergnügens kostet, je größer ist die Freude —, dann würde er eine solche Abendunterhaltung nicht verbieten. Man muß nur ein wenig Seelenkenntnis haben, um zu wissen, welche Folgen ein solches Verbot nach sich zieht. Der Arbeiter, welcher sich wochenlang vorher zu solchem Vergnügen vorbereitet, wird in höchstem Maße erbittert, wenn man ihm plötzlich die Gelegenheit nimmt, die Abende in Gesellschaft seiner Kollegen in ehrenhafter und anständiger Weise zu verbringen. Der Arbeiter wird sich fragen: „Was haben wir denn getan, daß man uns solches Vergnügen verbietet?“ Der polnische Arbeiter sieht, daß alle deutschen „Vereine“ (vereins) ohne jede Hindernisse die verschiedensten Festlichkeiten veranstalten, und wenn er, ein Mensch der Mühe und der Arbeit sich vergnügt halten will, dann wird gleich ein Verbot erlassen. Muß dann der Arbeiter nicht denken, was ist das für eine Behörde, was ist das für eine Regierung, welche gerade denjenigen ein Vergnügen und eine anständige Zerstreuung verbietet, welche sie am meisten nötig haben!

Jeder andre Mensch hat mehr Gelegenheit sich vergnügt zu halten, als wie der Arbeiter, und dieser eine Abend, an welchem er sich in Gesellschaft seiner Kollegen und unter Obhut seines geliebten Kaplans, dessen Gegenwart ihn so angenehm berührt, vergnügt

halten will, wird ihm mißgönnt und die von ihm seit Wochen erwartete Freude zerstört.

Was für Pläne hat sich dieser abgearbeitete Mensch für diese Abendunterhaltung gemacht, an deren Vorbereitungen er selbst mitgewirkt hat und bei welcher er seine Kollegen auf der Bühne sehen und er selbst ein lustiges Liedchen singen würde. Er freute sich auf diese Abendunterhaltung, denn er wollte auch seine Frau mitnehmen und auch seine Kinder sollten sich an dem Theaterstück ergötzen und nachher wollte er lustig im Saale herumtanzen.

Ganze Monate würde die Familie daran denken, wie sie sich auf der Abendunterhaltung amüsiert hatte. Und mit einem Male kommt das Verbot, daß solche Abendunterhaltung nicht abgehalten werden dürfe.

Wo ist denn also das Wohlwollen, welches die Regierung dem Arbeiter anscheinend erweisen will!

Was ist das für ein Wohlwollen, welches nicht einmal ein Vergnügen erlaubt.

Glauben denn die preußischen Behörden, daß der polnische Arbeiter irgend ein sinnloses Geschöpf sei, welches weder Unrecht noch Abgeneigtheit zu empfinden im Stande ist!

Wir können versichern, daß der polnische Arbeiter alles sehr gut empfindet und daß er sehr gut zu beurteilen im Stande ist, was um ihn herum geschieht und wie mit ihm verfahren wird.

Die preußischen Minister versichern fortwährend, daß alle Staatsbürger gleichmäßig behandelt werden.

Was ist das für eine Gleichberechtigung? Die deutschen Vereine können Festlichkeiten nach Belieben abhalten und den polnischen Vereinen ist es nicht erlaubt. Das ist die Gleichberechtigung!

Und was für eine Vorstellung ist verboten worden? Eine Vorstellung, in welcher einzig eine belustigende Komödie „Der Jude in der Tonne“ gespielt werden sollte.

Solche Verbote wirken aufrührerischer, als die heftigsten Zeitungsartikel, denn solches Verbot erbittert, erregt und führt zum Nachdenken, warum es dem polnischen Arbeiter nicht erlaubt sei, sich vergnügt zu halten, während es jedem anderen gestattet ist.

Wir wiederholen es vielleicht schon zum hundertsten Male, daß die großpolnische Agitation von verschiedenen preußischen Behörden unbewußt mittelbar angepornt wird.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 46 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 26. Februar 1903:

Von dem Reichs- und Landtagsabgeordneten Herrn Leo v. Czarlinski

erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Geehrter Herr Redakteur! Angesichts der immer öfter in einzelnen Blättern auftauchenden Kümmernisse, mir für die Zukunft ein Abgeordnetenmandat zu sichern, gestatte ich mir, einiges zu bemerken.

Niemals habe ich mich um ein Mandat für mich bemüht, es kann also nicht die Rede davon sein, daß man mir erschwere, „die Gelegenheit zu weiterer ehrenvoller Tätigkeit zu finden.“ Bisher hat man mir die Verteidigung unsrer Rechte und das Mahnen wegen

der Unbill, die der ganzen Volksgeamtheit, insbesondere aber unfres am meisten davon betroffenen, weil oft ratlosen Volkes widerfährt, ohne mein Dazutun übertragen, und wenn ich dieser Aufgabe auch nur zu einem Teile zu entsprechen vermochte, so hat die innere Zufriedenheit mich hinreichend belohnt, und Ehrenbezeugungen habe ich nie ersehnt. Dabei war ich stets der Ansicht, daß ebenso, wie jeder Mensch zu ersehen ist, auch ein anderer an meiner Stelle ebenso handeln würde. In Konsequenz dessen, daß ich nicht daran denke, mich als Werkzeug zur Bekämpfung irgendeiner regelrecht aufgestellten Kandidatur gebrauchen zu lassen, kann ich auch nicht gestatten, daß man über mich verfügt, um irgend einen Abgeordneten zu beseitigen, der mit seinen Wählern in Eintracht lebt.

Mit Hochachtung

L. v. Czarlinski.

Aus Nr. 24 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 24. Februar 1903:

Unnötige Sorgen.

Der Dziennik Poznański, welcher sich als die „wichtigste“ polnische Zeitung im ganzen preußischen Anteil betrachtet, dehnt seine Obhut auch auf Westpreußen aus, denn irgend ein Bürger, welcher einen geeigneten Kandidaten für die Stadt Posen sucht, schreibt im Dziennik, indem er den Abgeordneten Herrn Leo v. Czarlinski erwähnt, wörtlich folgendes:

„Diesem Abgeordneten wird infolge des Parteihaders im eigenen Winkel (das soll Westpreußen bedeuten) erschwert, eine Gelegenheit zur weiteren ehrenvollen Arbeit für unser allgemeines Wohl zu finden. Unter den hiesigen (Posnern) Volksparteilern wird das Verhalten des Abgeordneten Herrn v. Czarlinski gegenüber den westpreußischen Vorgängen als eine volksfeindliche Wirksamkeit hingestellt, indem man dem Herrn Abgeordneten zum Vorwurf macht, daß er sich als ein Werkzeug zur Bekämpfung der Kandidatur des Herrn Rulerski, welcher auch hier als Volksparteiler gilt, gebrauchen ließe.“

Jener Bürger, welcher die obigen Worte geschrieben hat, kennt unsere Verhältnisse in Westpreußen offenbar nur aus — dem Dziennik, denn wenn er sie etwas eingehender kennen würde, denn hätte er solche Sachen nicht schreiben können.

Wir sind neugierig zu erfahren, wer denn bei uns eigentlich dem Abgeordneten Herrn v. Czarlinski das Finden eines sicheren Wahlkreises erschwert. Es könnten doch wohl nur dieselben Personen sein, welche vor 6 und vor 5 Jahren um die Person des Abgeordneten v. Czarlinski einen so erbitterten Kampf gegen die Gazeta Grudziadzka führten, welche, ebenso wie ihre Mitstreiter, ihn mit ganzer Entschiedenheit verteidigte. Aber jene Personen würden es heute nicht wagen dem Abgeordneten v. Czarlinski das Finden eines sicheren Wahlkreises zu erschweren. Und wenn sie sich wirklich mit solchen Absichten tragen sollten, so bilden sie Gott sei Dank eine kleine Handvoll gegenüber den Heerscharen des Volkes. Und dieses polnische Volk in Westpreußen, welches sich gesagt hat, daß Herr Rulerski in dem sicheren Wahlkreise Tuchel-König als Abgeordneter gewählt werden müsse, hat sich auch gesagt, daß der Abgeordnete Herr Leo v. Czarlinski in Anerkennung seiner großen Verdienste in dem sichersten Wahlkreise Westpreußens und zwar im Wahlkreise Neustadt-Karthaus-Puzig gewählt werden muß.

So hat es unfre Bevölkerung beschlossen und sie wird es auch halten, und der Abgeordnete Herr

v. Czarlinski ist dafür bekannt, daß er tren auf dem Posten steht, auf welchen ihn der Wille des Volkes beruft.

Wir wiederholen es also noch einmal, mögen sich jene Artikelschreiber ebenso wie der Dziennik selbst den Kopf nicht umsonst anstrengen!

Dagegen möge sich der Dziennik seinerseits bemühen, daß der Abgeordnete Herr Roman Janta v. Polczynski, welcher bisher im Wahlkreise Neustadt-Karthaus-Puzig kandidierte, für seine langjährige und erfolgreiche Abgeordnetentätigkeit einen sicheren Wahlkreis im Großherzogtum Posen, seiner engeren Heimat, finde.

Aus Nr. 24 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 24. Februar 1902:

Flatow.

Am 2. d. Mts. fand im Saale des Herrn Lamparski ein polnisches Vergnügen statt. Außer dem Theaterstück „Der Schornsteinfeger und der Müller“ kamen noch Deklamationen und der Monolog „Meister Menzester“ zur Aufführung. Das Vergnügen fiel sehr prächtig aus. Diesem Vergnügen haben viele Geistliche aus der Umgegend und Herr Prondzynski aus Skarpe beigewohnt; es ist nur zu bedauern, daß unser Pfarrer Dr. Domanski dem Vergnügen ferngeblieben ist.

Aus Nr. 21 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 17. Februar 1903:

Eine Parzellierungsgenossenschaft in Danzig.

Angeichts des sich immer mehr entwickelnden nationalen Geistes in Kaschubien, dank unserer polnischen Zeitungen in erster und den kaufmännischen Instituten und Volksvereinen in zweiter Reihe, angesichts der ständig wachsenden Neigung der aufgeklärten Kaschuben, ein Stücklein Landes zu erwerben, hat eine Parzellierungsgenossenschaft in der Kaschubei sicher Existenzberechtigung.

Leichter und billiger Boden zum Parzellieren giebt es in Kaschubien reichlich, weil die Ansiedelungskommission hier zufälligerweise in dieser Gegend ihre Krallen noch nicht eingesetzt hat und die Nachfrage nach einem Fleckchen Acker eine außergewöhnlich große ist. Fast jeder Kaschube, der sich bisher durch Mäßigkeit und Sparsamkeit ausgezeichnet hat, verwahrt seinen sauer erworbenen Groschen in der Truhe und ist bemüht, ein Stück Landes zu erwerben, das er sein eigen nennen könnte. In Danzig giebt es viele Kaschuben, die in Fabriken arbeiten und allwöchentlich von dem verhältnismäßig hohem Verdienste Eriparnisse machen, um später mit dem erübrigten Gelde eine Parzelle zu kaufen und sich darauf anständig zu machen. Gerade nach dieser Richtung hin muß man des Kaschuben Eigenart, seine Sparsamkeit einerseits und das Verlangen, ein Stücklein Acker zu erwerben, andererseits bewundern. Eine Parzellierungsbank wäre daher für die Kaschuben eine Rettung; die Kaschubei ist eine der geeignetsten Gegenden zum parzellieren, und weil Danzig der Mittelpunkt Kaschubiens und diejenige Stadt ist, welcher der Kaschube besucht, um seine Geschäfte zu erledigen, deshalb erachte ich Danzig als den geeignetsten Ort zur Gründung einer solchen Genossenschaft. Es existiert hier übrigens seit 1½ Jahren eine Volksbank, welche hauptsächlich für das kaschubische Volk gegründet worden ist; die Entwicklung dieser Bank ist mit Rücksicht auf die kurze Zeit ihres Bestehens als eine wider alles Erwarten günstige zu

bezeichnen, wie man sich binnen kurzem aus der Bilanz wird überzeugen können. Das wiederum beweist, daß sich die Stadt Danzig zur Gründung einer kaschubischen Institution vortrefflich eignet. Der Gedanke, in Danzig eine Parzellierungsgenossenschaft zu gründen, besteht bereits seit einem Jahre, doch verschiedener Meinungen und Ansichten wegen ist er noch nicht verwirklicht worden. Die von seiten der Regierung bei Parzellierungen in den Weg gelegten Hindernisse könnten mit demselben Erfolge bekämpft werden, wie es die Parzellierungsbanken in Posen tun, das wichtigste Hindernis jedoch ist der Mangel an Geld. Daß nur eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Frage kommen kann, darüber sind wir alle einig. Woher aber sollen hier sofort die Depositen beschafft werden? Ich schlage vor, daß die Geistlichkeit und alle größeren Bürger als Mitglieder beitreten möchten, dann wäre trotz der beschränkten Haftpflicht die Sicherheit für die Deponenten eine ausreichende. Ich selbst kenne Leute, die gerne unter solchen Bedingungen sogar einige hunderttausend Mark bei Entnahme entsprechender Anteile zeichnen würden. Kundige Leute, die eine solche Genossenschaft ohne Tadel zu leiten verstünden, haben wir in Danzig zur genüge, und unter diesen befinden sich auch einige Landwirte, die in der ganzen Provinz gut beleumdet sind. Es muß daher nach Danzig eine vertrauliche Zusammenkunft einberufen und die ganze Angelegenheit gründlich besprochen werden, es müßten Einladungen an die Geistlichkeit und an die wohlhabenderen Bürger geschickt werden mit der Anfrage, ob sie eventuell bereit wären, dieser Genossenschaft als Mitglieder beizutreten, wieviele Anteile sie zu zeichnen gedächten; im Falle günstig lautender Antwort sollte man zur sofortigen Gründung der Genossenschaft schreiten.

Aus Nr. 23 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 28. Februar 1903:

Zum Preise Gottes und zugleich

um das silberne Jubiläum des Papsttums des hl. Vaters Leo XIII zu ehren, eröffnen wir hiermit eine Beitragsammlung für die Missionskirche in Koźcelew in Masuren, deren Bau die hochwürdige geistliche Behörde als dringend nötig anerkannt hat. Wir eruchen unsere geehrten Leser, als Beweis ihrer Anhänglichkeit an die hl. Kirche und ihrer Verehrung für den Statthalter Christi für obigen Zweck, und sei es auch nur in Zehnpfennig- oder Pfennigstücken, beizusteuern und die Spenden an uns einzusenden.

Wir werden die Namen der Geber und die von ihnen gespendeten Beiträge abdrucken und das Geld an den ehrwürdigen Herrn Propst Dr. Liß in Rumian senden, welcher sich im Auftrage seiner Vorgesetzten mit dieser Angelegenheit befaßt.

Unser Verlag spendet zum Bau der Missionskirche in Koźcelew 50 Mk.

Aus Nr. 47 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 27. Februar 1903:

Preußisch-Friedland.

Ein Landsmann, Gewerbetreibender mit zahlreicher Familie, welcher in diesem deutschen Städtchen lebt, und durch den Boykott der Kaschubisten die Existenz völlig eingebüßt hat, ersucht die Landsleute um Hilfe, um in eine polnische Gegend zu ziehen und die Familie retten zu können.

Was die Person anbetrifft, so bemerke ich, daß es ein Stubenmaler ist, hier seit 20 Jahren wohnt, aber seit Gründung des Ostmarkenvereins vor 3 Jahren alle Gutschöffe verloren hat, woselbst er gearbeitet hatte, und zwar hatte er diesen Verlust einzig dem Umstande zuzuschreiben, daß er Pole ist. Um nicht ganz herunterzukommen, legte seine Frau einen Kurzwaren- und Putzhandel an, aber auch hierin wird er gemieden, sodaß die Familie von 6 Kindern, — die eine Tochter ist schon seit 6 Jahren schwer krank, — ganz verkommen müßte, wenn ihr niemand Rettung bringt.

Das ist ein Beweis dafür, wie uns der kaschubische Boykott um unser Brot bringt. Das ist kein Beweis in Phrasen sondern in einer festgestellten Tatsache.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 41 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 20. Februar 1903:

Der Kampf in Oberschlesien.

Unter der obigen Überschrift bringt der Kuryer Warszawski, das gelesenste Blatt im russischen Anteil, den folgenden Artikel:

Die Leser des Kuryer entsinnen sich wohl noch, daß wir vor einigen Wochen ein Interview mit einem jungen Industriellen brachten, der im öffentlichen Leben in Oberschlesien eine hervorragende Rolle spielt. Wir sprachen damals von der Zersplitterung unter der ober-schlesischen Gesamtheit, von der Diktatur des Katolik, von dem neu gegründeten Wahlverein und seinen Anstrengungen, die überlebte politische Gepflogenheit zu brechen, da er in dem engen Bündnis mit den Anhängern des Zentrums ein nichtzutreffendes Dogma erblickt. Dieser Schlesier hat mir gestern in einem Privatbriefe zusammenhängende Informationen über die Verbreitung des Wahlkampfes und den Wert der gegenwärtigen Situation zugesandt. Vielleicht interessiert dies oder jenes aus dem Briefe unsere Leser: „Sie fragen Herr, — so schreibt mein Schlesier — ob der Katolik für einen Kompromiß nicht geneigt sei und sprechen die Befürchtung aus, daß, wo zwei sich streiten, der dritte sich freut. Ich kann Sie versichern, daß es dem Wahlverein an gutem Willen zur friedlichen Erledigung der Kandidaten-Angelegenheit nicht gefehlt hat; aber der letzte Wille ist an dem Stolz des Herrn Diktators gescheitert. Aus den Zeitungen ist Ihnen hinreichend bekannt, daß den durch den polnischen Wahlverein aufgestellten Kandidaten der Katolik eigene Kandidaten gegenübergestellt hat und zwar in böswilliger Tendenz gerade in denjenigen Bezirken, in denen die geeignetsten Männer unserer Partei Stenificki und Korfanty, sich um das Abgeordneten-Mandat bemühen und wo bei der letzten Wahl die Sozialdemokraten eine bedeutende Stimmenzahl erhalten haben. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß diese Zersplitterung der Polen demoralisierend auf das ober-schlesische Volk einwirkt; aber hinter uns steht die Opposition der gesamten Intelligenz und vor dem Katolik und insbesondere vor seinem Redakteur, der auf die bisherige Gepflogenheit verfallen und von dem diktatorischen Fehler angesteckt ist, können wir nicht kapitulieren. Wir waren zu Kompromissen geneigt; aber auf Gnade oder Ungnade des Herrn Napieralski können wir die Waffen nicht strecken. Hinter uns befindet sich die Blüte der Geistesstarken Schlesiens, während jener nur eine Handvoll von ihm materiell abhängiger Redakteure und die Masse passiver Leser hinter sich hat. Wenn auch gegenwärtig dieser Kampf eine schädigende Erscheinung sein sollte, so müssen wir ihn zum Wohle Schlesiens doch aufnehmen um schließlich aus der verfluchten Partei des politischen Schwankens

herauszukommen, deren Politik vielleicht früher eine verständige Taktik war, jedoch heute der Klotz am Fuße, der Hemmschuh der nationalen Wiedergeburt und die Förderung der Ausdauer für die Abhängigkeit von den Deutschkatholiken ist.

In Ihrem letzten Briefe sprechen Sie von der Möglichkeit, daß es dem Wahlverein vielleicht gelingen würde, mit dem Katolik eine Verständigung anzubahnen und auf Grund gegenseitigen Nachgebens eine Einigung der polnischen Kandidaturen zu erzielen. Leere Hoffnungen! Der Katolik hält sich für die höchste politische Instanz in Schlesien; das Ansehen des Wahlvereins, in dem sich die gesamte Intelligenz zusammengeschlossen hat, erkennt er nicht an und ist bestrebt, seinen bedeutenden Einfluß auf 30 000 Leser auszuüben, um unsere Kandidaten zu stürzen, unsere Bedeutung zu schwächen und alle zu zwingen, zu seiner Fahne wieder zurückzukehren. Wenn er in diesem Kampfe erliegen sollte — und das ist für mich mehr wie wahrscheinlich — wird er untrüglich seinen Lesern sagen, daß der Wahlverein nur auf Grund der Unterstützung durch die radikalen Parteien gesiegt habe, die die nationalen Interessen nicht anerkennen.

Die Angelegenheit mit dem Katolik ist somit erledigt. Von Kompromissen kann keine Rede sein, denn wer so viele Jahre hindurch sich an das Monopol in politischer Führung gewöhnt hat, der erachtet jede selbständige Bewegung als eine verbrecherische Abzweigung, als das Fehlen von Subordination, als Beleidigung des eigenen Ansehens. Napieralski hat mit seiner unerhörten Geschicklichkeit die Angelegenheiten Schlesiens so geleitet, daß er in seine Hand die gesamte Presse bekommen hat, sodaß er heute nicht nur Benthien, sondern auch in Oppeln und Ratibor regiert, da von ihm andere Redakteure materiell abhängig sind. Dieser Mensch ist zu einer Stufe des Empfindens seiner diktatorischen Regierung emporgewachsen, daß er die Entstehung des Wahlvereins als eine persönliche Nichtachtung und einen Kompromiß als die Beschränkung der Rechte seines Absolutismus erachtet. Mit jedem anderen wäre eine Diskussion möglich, mit Napieralski niemals. Wie Ihnen bekannt ist, haben sogar Pojener Blätter, die mit dem Zentrum liebäugeln, den Katolik protegieren und nicht übertrieben der in Schlesien immer lauter werdenden Lösung der Emanzipierung geneigt sind, zu einem Kompromiß ebenfalls geraten; aber wie sollten wir uns mit einem Menschen einlassen, der nur einen Grundsatz kennt: *sic volo, sic iubeo, stet pro ratione voluntas*. Ist Ihnen denn nicht bekannt, daß aus Anlaß der diktatorischen Gelüste aus den Reihen des Katolik sogar Leute von Überlegung und Ruhe, wie Dr. Hostek und Siemianowski, sein tatkräftigster Volkstribun, ausgeschieden sind?

Hier stellt niemand die Verdienste des Katolik in Abrede, hier verstehen es alle sehr wohl, daß seine vorsichtige Diplomatie eine lange Reihe von Jahren hindurch ganz bedeutende Früchte gezeitigt hat; aber es überlebt sich doch alles auf der Welt und insbesondere die Politik verträgt tote Gepflogenheit nicht, heute hat sich unter dem Volke die Aufgeklärtheit verbreitet, heute sind unsere Kräfte stärker geworden und der Katolik bewegt sich immer noch in derselben Ängstlichkeit und Wanfelmütigkeit, wie zu Beginn des nationalen Auflebens in Schlesien. Von Zeit zu Zeit bekommt er Mut; aber er weicht wiederum zurück und schließlich bleiben die Verhältnisse zum Zentrum unverändert, wodurch die nationale Wiedergeburt in Schlesien verzögert wird. Er ist so ein alter, reicher pensionierter Rentner, der mit Ärger auf Fahrräder und Automobile sieht. Jede nationale Bewegung beleidigt ihn, jeder neue Gedanke kommt ihm als Wahnsinn und als ein Attentat auf seinen Absolutismus vor. Hier

ist es seit Jahren so, daß wenn jemand im öffentlichen Leben etwas auf seine eigene Faust unternommen, er im Herrn Napieralski immer einen Gegner gefunden hat. Aber, sobald er einem solchen Kämpfen die Arbeit verefelt hat, hat sich der Katolik nicht geschämt nach Monaten die angeblich von ihm bekämpfte Idee aufzunehmen, sie unter eigener Flagge zu fördern und ihr die Wege zu ebnen. Eingefleischte Geschäftserfahrung und diktatorischer Stolz, das sind die Worte, die die ganze Charakteristik des Napieralski umfassen. Länger läßt sich dieses für die „heilige Eintracht“ nicht ertragen, denn unsere Angelegenheit in Schlesien erfordert eine Bewegung und Energie.“ So schreibt mein Schlesier. Ich füge noch hinzu, daß der Diktator Napieralski zu folgender Frage Stellung nehmen müsse: Was ist besser? Mit dem Wahlverein in einen Kompromiß zu treten und ihm einen geringen Teil des Herrschens abzutreten oder aber die schändliche Niederlage zu erleiden und das bisherige Ansehen ziemlich oder mindestens zur Hälfte zu verlieren? Wenn Herrn Napieralski sein Ehrgefühl nicht blind gemacht hat, so müßte er doch sehen, daß der Einfluß seiner Gegner von Tag zu Tag wächst und mit Rücksicht hierauf wäre es doch praktischer, an eine Einigung als an einen riskanten Krieg zu denken.

Aus Nr. 44 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 25. Februar 1903:

Berlin, 20. Februar.

Pfarrer Napica.

Der Propst von Tichau, Pfarrer Napica, gehört zu der Zahl von Glücklichen, die Herr Napieralski zwecks Beglückung des polnischen Volkes in Schlesien in den Reichstag zu senden wünscht.

Die Absichten und der Wille des Herrn Napieralski sind jedoch nicht maßgebend, denn nicht Herr N. wird die Abgeordneten wählen, sondern das Volk; dieses aber wird seinem Willen einen anderen Ausdruck geben, als es der „Diktator in Benthien“ wünscht. Die Aufklärung, das Selbstbewußtsein des Volkes ist soweit fortgeschritten, daß es nicht mehr die Rolle eines irrenden Schafes spielen wollte. Das Volk wird seiner Wahlbehörde gehorchen; denn sie allein, die von dem Volke eingesetzt worden ist, erfrent sich völlig seines Vertrauens.

Hat denn nicht auch Pfarrer Napica verdient, daß das Volk ihm vertraut? Soweit Gerüchte über ihn zu uns gedrungen sind, sucht doch auch er das Los des polnischen Volkes zu bessern, indem er das häßliche Laster der Trunksucht ausrottet. Ein Mann, der dies in größerem Maßstabe tut, leistet ohne Zweifel der Volksgeamtheit Dienste.

Auch dem Pfarrer Napica könnte das Volk dankbar sein, und es wäre ihm auch dankbar, wenn seinen Bestrebungen nicht eine Dosis der Bestrebungen derjenigen Sphären beigemischt wäre, welche unser Volk, das polnische Volk nach ihrer Art umzumodeln wünschen, damit es schließlich der Zentrums- oder teutonischen Gier zur Beute falle.

Von diesem Übel erlöse uns, o Herr! Was eigentlich aus dem Pfarrer Napica geworden ist, daß sein Verfahren heut dem früheren direkt zuwiderläuft, kann manchem von denen, die ihn näher kennen, gradezu unverständlich erscheinen. Pfarrer Napica galt nämlich unter uns als guter Pole. Er machte aus seinen Überzeugungen niemals ein Hehl, im Gegenteil, er sprach sie unter seinen näheren Bekannten offen aus. Er jammerte mit uns über das Los unsrer Nationalität im preussischen Landesteil. Oft hatte ich Gelegenheit, mit ihm über das zu sprechen, was uns schmerzt, wobei

Pfarrer K. des eigenen Loses gedachte und sich als das Opfer der zwischen der weltlichen und geistlichen Behörde einerseits und dem polnischen Volke andererseits herrschenden Verhältnisse hinstellte. Er pflegte zu sagen: „Ich wünschte unter den Meinen zu arbeiten, doch ist mir das nicht vergönnt. Als einen „Gefährlichen“ sandte mich der Bischof in die Brandenburgische Sandwüste, wo ich lange Jahre als Kaplan dienen muß, während meine Kollegen schon lange auf fetten Propsteien arbeiten. Der Bischof klagt, er habe für die ober-schlesischen Pfarochien keine hinreichende Zahl von Kaplänen, die des Polnischen mächtig seien; diejenigen aber, die sich eben für diese Zwecke eignen, schickt er Vorurteile halber nach außerhalb des Bereichs des Vaterlandes.“

Jeder, dem gegenüber sich jemand so ausspricht, wie dies Pfarrer Kapica getan hat, kann doch über den Betreffenden nicht anders urteilen, als daß dieser von ganzem Herzen Pole sei. Meines Erachtens und nach den von mir gemachten Erfahrungen reicht es nicht hin, mit jemanden einen Scheffel Salz zu essen, um ihn kennen zu lernen, — zehn Scheffel gemeinsam genossenes Salz geben keine Bürgschaft dafür, daß man diese Person genau kennen gelernt habe.

In den letzten Jahren der Anwesenheit des Pfarrers Kapica in Berlin bemerkte Schreiber dieses, daß Pfarrer K. eine gewisse Reserve beobachtete, die darin zu Tage trat, daß er alles mied, was zu sehr nach Polentum roch. Ich weiß, daß für jeden, der in eine bessere Stellung gelangen will, ein gewisses Maßhalten im Aussprechen der Überzeugungen heute nötig ist, aber dieses Maßhalten sollte eine gewisse Grenze nicht überschreiten, wenn man nicht den Anschein erwecken will, daß man Komödie spiele. Meines Erachtens hat das Verhalten des Pfarrers Kapica schon damals gegenüber dem Berliner Polentum den Charakter der Zweideutigkeit an sich getragen. Diese Zweideutigkeit trat um so mehr zu Tage, je näher für ihn der Termin rückte, an welchem er Berlin verlassen sollte.

Daß in diesem Verhalten Einflüsse von „oben“ her und ferner der Einfluß der Delegatur eine große Rolle spielte, unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, besonders nach Veröffentlichung des Versprechens, das Pfarrer Kapica dem Kardinal hat geben müssen. Immer mehr hebt sich der Schleier, welcher das Um-bilden des Pfarrers Kapica zu einem kautschukartigen Werkzeug der vorgelegten kirchlichen, ja sogar der weltlichen Behörde verdeckte.

Gestatten Sie, daß auch ich aus dieser Periode des Pfarrers Kapica einige Einzelheiten anführe, die sich sehr eignen zur Beurteilung der Änderungen, die sich in seiner Gesinnung und in seinen Überzeugungen vollzogen. Die nachstehend angeführten Tatsachen stammen aus derselben Quelle, woher der Konfrater des Pfarrers Kapica seine eben veröffentlichten Infor-mationen geschöpft hat.

Pfarrer Kapica, der aus Berlin herauszukommen trachtete, bemühte sich um verschiedene Propsteien. Doch war es ihm nicht leicht, die Präsepte für eine bessere und einflußreiche Stelle zu erhalten, da seine Konfratres, welche größere Verdienste oder zum mindesten eine bessere Reputation bei der Regierung hatten, die besseren Bissen für sich zu fischen wußten. Sie schoben den gefährlichen Agitator beiseite, indem sie ihm, wo irgend möglich, ein Bein stellten, (wie dies in „christlicher“ Weise gern, sogar in diesen Kreisen geschieht) um ihm den Weg zu sperren — selbstverständlich zu einem Arbeitsfelde, wo er großpolnische Agitation in vollem Umfange betreiben könnte. Der Erfolg dieser Bestrebungen hielt längere Zeit an; doch schließlich kam die erwartete Präsepte, leider — für eine kleine, nicht einträgliche Propstei.

Pfarrer Kapica würde aus Not auch sie angenommen haben, doch als er hörte, daß Tichau vakant sei, beschloß er, sein Glück zu versuchen, nun, und daher die gemachten Anstrengungen. Tichau gehört, wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt, zu dem Patronat des Fürsten Pleß, — darum galt es, auch an dieser Stelle Schritte zu tun.

Aber auf welche Weise an den Fürsten herange-langen und sich dessen Wohlwollen gewinnen, um vor seinen Augen Gnade zu finden? Der Fürst von Pleß (ein Protestant, wie mir scheint) schenkt einem Geist-lichen nicht leicht Gehör, und noch weniger einem „großpolnischen Agitator“, es war durchaus nötig, eine Vermittelung, eine „starke Stütze“ zu finden. Für „unsre polnischen Geistlichen“ findet sie sich auch, sogar da, wo man sie gar nicht erwarten kann.

Die letzten Zeiten haben handgreiflich gezeigt, daß es nicht schwer ist, gerade dort, bei der Quelle, Protektion zu finden. Besitzt man einigermaßen „Ber-dienste“, ist man z. B. ein loyaler Pole, so können fette Pründen da sein wie gerufen. Pfarrer K., den hier die Kreise der Intelligenz für einen guten Polen hielten, hat durch Loyalität die beste Propstei im Großherzogtum Posen und sogar Titel erhalten, indem er in einer Etappenstellung Beweise seines „korrekten Verhaltens“ der Regierung gegenüber lieferte. Pfarrer M., gleichfalls Pole wie Pfarrer K., fiel sogar ohne Etappe in ein weiches und bequemes Nest-chen. Wenn Loyalität nicht hilft, dem hilft ein „Weib“. Ich könnte dafür Beweise erbringen, daß „polnische Geistliche“ durch den Einfluß von Damen aus höheren Kreisen gute Stellungen im Großherzogtum erhalten haben, — aber ich werde schweigen.

Doch kann ich nicht verschweigen, daß auch ein „Weib“ den Pfarrer Kapica zur Erreichung seines Zwecks nicht wenig behilflich gewesen ist, sogar nach ihrem Tode. Wie? ein Weib? und sogar nach dem Tode? Gewiß! Grade zu dieser Zeit stirbt, wie gerufen, die Fürstin Hohenlohe, die Gemahlin des dritten Reichskanzlers. Ihre Gebeine sollten in die Familiengruft übergeführt und dort beigesetzt werden, vorher fand jedoch die Einsegnung des Leichnams im Reichskanzlerpalais bei zahlreicher Beteiligung von Per-sonen aus den höchsten Kreisen statt. Auch Fürst Pleß fehlte nicht. Wie bekannt, waren die Fürstlich Hohen-lohe'schen Herrschaften katholischen Bekenntnisses, die Einsegnung erfolgte daher seitens eines Geistlichen der Delegatur.

Ob nun grade der Geistliche Kapica zufällig oder absichtlich zur Verrichtung jener Funktionen in das Kanzlerpalais gesandt worden ist, darüber will ich nicht urteilen, — genug, grade er hatte das „Glück“, am Sarge „der hohen Toten“ im Kreise der so zahlreich versammelten höchsten Aristokratie zu stehen und sich ihr zu „präsentieren“. Dieser wichtige Umstand war der Grund, daß Pfarrer Kapica vom Fürsten Pleß lebenswürdig empfangen wurde, als es sich um die persönliche Vorstellung handelte, — und die Präsepte für die Propstei in Tichau war ihm sicher. Inwie-weit der Einfluß vielleicht des Kanzlers selbst den Boden zur Erreichung dieses Zweckes geebnet hat, das entzieht sich meinem Wissen. Ich weiß jedoch, daß zahlreiche Denunziationen von Geistlichen und „Beamten“ aus dem Kreise, in den Pfarrer Kapica gelangen sollte, gegen ihn einliefen, worin er als großpolnischer Agitator bezeichnet wurde; doch vermochten diese Denunziationen die einmal vom Fürsten gefaßte Absicht nicht zu er-schüttern, und Pfarrer Kapica hatte kurz nachher die Präsepte in der Tasche.

Aus einem großpolnischen Agitator wurde aber bald ein „loyaler“ Mann, dem heute der Kardinal und die Regierung nichts vorwerfen können, im Gegenteil,

er hat sich so „kristallisiert“, daß ihn Herr Rapieralski selbstverständlich mit Zustimmung der Zentrumskreise und der weltlichen Behörden, sogar als Gegenkandidat der nationalpolnisch Gesinnten aufzuwerfen sich erlaubt.

Merkwürdig geht es doch auf dieser Welt zu. Da, wo das Beobachten der christlichen Grundsätze am meisten zu Tage treten, wo Rücksichten dieser Welt den mindesten Wert haben, wo die irdischen Schätze in erster Linie den Weg zum Himmel nicht verschließen sollten, — da grade sucht und sucht man das, was das Wasser fortnimmt, das Feuer verbrennt, die Motte verdirbt, — du polnisches Volk aber meide das alles, verkomme vor Hunger, ertrage die Kälte, verleugne die nationalen Ideale und suche das himmlische Königreich, daß die, welche dich dorthin geleiten sollen, selbst so wenig suchen.

Skala.

Aus Nr. 23 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 21. Februar 1903:

Aus Ostroga bei Ratibor teilt man uns mit: Der Herr Propst Pfleger trägt sich mit dem Gedanken, hier in Kürze einen Parochial-Arbeiter-Verein zu gründen und zwar einen durch und durch deutschen Verein. Für wen? Hier kann man doch die deutschen Arbeiter an den Fingern einer Hand zählen . . . Und was sind das noch für deutsche Arbeiter; — das sind doch Polen von reinstem Blut, wie sie sich ja auch selbst „fein Gebildete“ nennen. — Wenn der ehrwürdige Herr Propst die Absicht hat, etwas Gutes für den Arbeiterstand zu tun, so mag er einen rein polnischen Arbeiterverein gründen, mag er die Arbeiter vor Germanisierung und vor dem Berliner „Verbande“ schützen, dann werden wir dem Herrn Propst dankbar sein.

Im anderen Falle aber müssen wir gleichzeitig erklären, daß, wenn ein deutscher Verein gegründet werden und man alsdann die polnischen Arbeiter in den Verein hineinziehen sollte, wir uns häßlich entzweiien müßten. Wir Arbeiter müssen zur Wahrung sowohl der Arbeiter- wie der nationalen Interessen auf der Wacht stehen. In den deutschen Vereinen bemüht man sich um die Gunst der Arbeitgeber und begeistert schwache Köpfe für die preussische „Kultur“. Während die Reihen der polnischen Arbeiter in dem Kampfe um die wirtschaftlichen und nationalen Rechte große Lücken aufweisen. — Um sich nun nicht länger hierüber zu verbreiten, übermitteln wir hierdurch dem ehrwürdigen Herrn Propst unsere ergebensten Wünsche: er möge die Gedanken von der Gründung eines deutschen Vereins für immer fallen lassen, denn es würde gewiß ein großes Ärgernis entstehen, dessen Folgen wenig erfreulich wären.

Aus Nr. 45 des Dziennik Śląski (Bentzen D.-S.)
vom 24. Februar 1903:

Die Wahlen im Bezirke Rattowitz-Zabrze.

Die deutschen Zeitungen des Industriebezirks schreiben von einem Zusammenschluß aller Deutschen in Oberschlesien gegen die polnischen Kandidaten.

In Rattowitzer „Tageblatt“ schreibt der freisinnige Abgeordnete, Rechtsanwalt Bohl aus Gleiwitz (gewählt in Liegnitz in Niederschlesien), daß im Bezirk Rattowitz-Zabrze alle Deutschen für einen freisinnigen Kandidaten stimmen müßten, weil dieser Kandidat bei den letzten Wahlen die meisten Stimmen erhalten habe (nächst dem Kandidaten des Zentrums und der Sozialdemokratie).

Wenn dies geschehen würde, so ist der Sieg des Deutschen bei den nächsten Wahlen möglich. Solche Hoffnungen hat Herr Bohl.

Für die für den freisinnigen Kandidaten abgegebenen Stimmen sollen die Freisinnigen in anderen Bezirken für einen konservativen Deutschen stimmen. Polnische Wähler! Sehet Ihr, daß man uns das Mandat entreißen will, das dem polnischen Volke gehört? Lassen wir uns nicht — lassen wir es dazu nicht kommen!

Arbeiter! Verteidigt die Kandidatur eures Bruders und Arbeiters, Herrn Krolif, denn ihr sehet, daß sich alle vereinigen, die Liberalen, die Konservativen, die Freimaurer, die Deutschen und die Juden, mit einem Worte alle, mit den widerwärtigen Arbeitgeber, um einen Arbeiter nicht in das Parlament zu lassen. Sagen wir hiervon allen, die von dem Vorhaben der Deutschen nichts wissen.

Agitieren wir alle für unseren Kandidaten, Bruder und Arbeiter Krolif, der gemeinsam mit anderen Arbeitern im Parlament die Angelegenheiten der Arbeiter verteidigen und sich um die Verbesserung der Lage der Arbeiter bemühen wird. Oberschlesien und der Industriebezirk müssen durchaus einen Arbeiter wählen!

Die christlichen Arbeiter der Industriebezirke am Rhein und in Westfalen bemühen sich sehr um Abgeordnete aus dem Arbeiterstande. Sie haben schon den Abgeordneten Stökel, Schlosser aus Essen.

Der Bergmann Berse aus Eickel ist als Zentrumskandidat für den Bezirk Bochum-Gelsenkirchen in Westfalen aufgestellt worden.

In Saarbrücken hat die Zentrumsparthei den Vorsitzenden des Eisenbahn-Arbeiter- und Handwerker-Vereins Molz aus Trier als Kandidaten aufgestellt. Wer weiß, ob nicht noch mehr Arbeiter als Kandidaten werden aufgestellt werden.

Soll etwa Oberschlesien schlechter sein wie die Rheinprovinz und Westfalen? Nein — niemals zu rufen sind Tausende von polnischen Arbeitern verpflichtet! Auf zur Agitation! Es lebe unser Kandidat, Bruder Bergmann Krolif!

Aus Nr. 46 des Górnosłazak (Rattowitz)

vom 26. Februar 1903:

Die Politik auf der Kanzel.

Am letzten Sonntag hat die Politik auf der Kanzel auf das beste geblüht. Aus allen Gegenden Oberschlesiens teilt man uns mit Entrüstung mit, daß die Geistlichen, anstatt das Wort Gottes zu verkünden, auf eine gewaltsame Weise gegen den Górnosłazak und den erst neu geborenen Głos Slonski aufgetreten sind. Und dies alles deshalb, weil wir den Zentrums Männern die Maske vom Gesicht gerissen haben.

Weil diese Herren wütende Zentrums Männer sind, treiben sie Zentrums politik auf der Kanzel und im Beichtstuhl, sie machen von ihrem Ansehen Gebrauch, um uns wieder einen Ballestreim, Heilig oder einen ähnlichen als Abgeordneten aufzudrängen, von denen das polnische Volk nicht einmal etwas hören will. Diese Ansichten des Volkes finden ihren Ausdruck im Górnosłazak und Głos Slonski. Deshalb wendet sich die ganze Wut der deutschen Politik-Geistlichen gegen uns, die wir ihre politische Alleinherrschaft und Irreführung des polnischen Volkes schädigen. Deshalb sind sie in der Wahl ihrer Mittel nicht wählerisch und fluchen von der Kanzel, daß der-

jenige das Himmelreich nicht erlangt, der Anhänger der nationalen Schriften ist. Niemand kann uns den Vorwurf machen, daß wir Ketzer und keine guten Katholiken sind und die polnischen Geistlichen aus allen Teilen Polens stehen auf unserer Seite, Geistliche, denen unsere Germanisatoren im geistlichen Gewande die Riemen der Schuhe zu lösen nicht würdig sind, loben unsere Tätigkeit und regen uns zur Ausdauer an. Obgleich unsere Germanisationsgeistlichen dies ganz gut wissen, ziehen sie trotzdem über uns her und drohen unseren Lesern mit der Ausstoßung aus der Kirche, die sie zu einem sichtbaren Zeichen des politischen Tobens machen.

Der berüchtigte Schimmel-Rektor und Geistliche, Propst Eisek aus Groß-Chelm bezeichnete uns als Kinder des Teufels, verfluchte uns und verteidigte die Zentrums männer in der vorigen Woche sehr. Am vergangenen Sonntag hat ferner der Geistliche Abramski, Propst in Rozdzien, der ja nur „seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit tut“, rücksichtslos von der Kanzel die polnischen Zeitschriften bekämpft und sogar nicht den Glas Slonski verschont, der doch bis jetzt noch nicht gesündigt hat und der doch wie wir eine rein katholische Zeitung ist. Er hat sich nur deshalb die Ungunst zugezogen, weil er sich gegen die Politik des Zentrums erklärt hat. Der Propst Skowronski in Bogucie ist mit schweren Geschützen aufgefahren und schoß mit großer Geschlossenheit gegen den Gornoslazak, seine Parochianen nannte er wiederholt deshalb Dummköpfe, weil sie polnisch-nationale Zeitungen lesen. Der Herr Propst Swider (Verzeihung, denn er schreibt sich Schwieder) bekämpfte uns von der Kanzel und schonete keine Angriffe, dieser Wohltäter des polnischen Volkes, der unseren Arbeitern gesagt hat:

„Arbeitet, was euch befohlen wird,

Und nehmt, was man euch gibt —“

dieser Wohltäter, der seinen Parochianen sagt, sie sollen über die Grenze gehen, wenn sie behaupten, daß sie Polen seien. Auch in anderen Parochien wurde auf uns geschlachtet.

Der Mensch schießt, aber Gott leitet das Geschöß. Dieses altpolnische Sprichwort bewahrheitet sich auch hinsichtlich derjenigen Geistlichen, die unsere Gegner sind.

Sie schießen auf die polnischen Zeitungen, aber die Geschosse wenden sich von uns und treffen direkt die Schießenden. Die Geistlichen untergraben sich mit solchem Zeitvertreib selbst ihr Ansehen und ihre Bedeutung. Das entrüstete Volk ist auf sie unerhört erbittert, weil es in der Kirche anstatt des Wortes Gottes Schimpfworte und geschmacklose Angriffe gegen die polnisch-katholischen Schriften hört. Das arme Volk wird die ganze Woche hindurch durch die Arbeitgeber, Beamten und Sakristanen hinreichend gequält. Jetzt hören sogar am Sonntag in der Kirche, wo das Volk früher Erbauung im Worte Gottes suchte, diese Lehren auf und an Stelle dessen, an Stelle der Erfreuung und Ermunterung der Seele muß das übermüdete Volk in der Kirche sich die ihm unliebbare Zentrums politik anhören.

Die Geistlichen irren sich, wenn sie behaupten, daß die Redakteure die polnisch-nationale Politik machen. Die Politik macht das Volk selbst, denn die Redakteure schreiben nur das, was das Volk ihnen brieflich mitteilt. Wenn die Germanisations-Geistlichen die polnisch-nationalen Zeitungen bekämpfen, so treffen die abgefeuerten Geschosse nicht die Redakteure dieser Zeitungen, sondern das Volk selbst, welches diese Politik treibt. Aus diesem Anlaß ist das Volk entrüstet und schätzt nicht diejenigen, die seine Feinde sind. Polnisches Volk, spanne alle Kräfte an,

harre aus in dem Kampfe, den du um deine Rechte und dein nationales Bestehen aufgenommen hast! Du hast die Kräfte des Riesen, den niemand, sogar nicht die Germanisations-Geistlichen, überwältigen kann.

Aus Nr. 48 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 28. Februar 1903:

Der Konsumverein „Merkur“ in Gleiwitz.

... Die Generalversammlung eröffnete der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Redakteur Herr Johann Kowalezyk. Weil die Polizei auf irgend eine Weise von den Beratungen Kenntnis erlangen wollte, hat sie sogar Kriminalpolizeibeamte in die Versammlung entsandt, mit denen man sich erst auseinandersehen und sie aus dem Saale entfernen mußte. Von der Gesamtzahl der 270 Mitglieder sind 97 Mitglieder erschienen.

Bei der Vorlage der Bilanz durch Herrn Kowalezyk hat dieser alle Punkte eingehend erläutert, insbesondere die Verluste, die der Konsumverein im verflossenen Jahre gehabt hat. Den Direktor des Vereins, Herrn Koppe, hat der Aufsichtsrat im Januar von seiner Amtsführung entbunden und die Generalversammlung hat ihm sein Amt abgenommen und an seine Stelle Herrn Turkowski zum Direktor gewählt. Außerdem war noch die Wahl eines Mitgliedes des Aufsichtsrates erforderlich; die Versammlung hat Herrn Vincent Ciupke mit ihrem Vertrauen beehrt, so daß also der Aufsichtsrat wiederum aus 3 Mitgliedern besteht, wie dies die Satzungen vorschreiben.

Hierauf hat Herr Kowalezyk in einer längeren Rede die Wichtigkeit der Lebensmittel-Genossenschaften für das obereschlesische Volk dargelegt und hierbei hauptsächlich betont, daß neben einer gewissenhaften Wirtschaftsführung durch den Vorstand und einer Aufsicht durch den Aufsichtsrat für die Entwicklung des Vereins es erforderlich sei, daß die Mitglieder nur im Konsumverein ihre Einkäufe besorgen und daß sie Bekannte zum Beitritt in den Verein bewegen. Je mehr Mitglieder der Verein hat, desto mehr Waren verkauft er, und je mehr Waren er verkauft, desto größer der Umsatz; je größer der Umsatz, desto größer der Gewinn und die Dividende.

Die Rede des Herrn Kowalezyk wurde mit großer Begeisterung aufgenommen und man kann wohl annehmen, daß die Mitglieder jetzt unter ihren Kameraden mehr agitieren werden, so daß die Zahl der Mitglieder bald zunehmen wird.

Um den Mitgliedern den Einkauf von Waren in dem Konsumverein zu erleichtern, hat die Generalversammlung beschlossen, daß den Verkäufern gestattet sei, den Mitgliedern für 2 Wochen einen Kredit in Höhe der Einlage, also bis zu 10 Mark, zu gewähren; wer Inhaber von 2 Anteilen und mehr ist, dem kann ein Kredit bis zu 15 Mark gewährt werden. Man kann hoffen, daß bei einem solchen erleichterten Umsatz der Konsumverein sich um das Zweifache vergrößern werde, was ihm nur zum Vorteil gereichen kann. Wie es viele Leute gibt, die mit mißgünstigen Augen auf unseren Konsumverein sehen, so hoffen wir zu Gott, daß bei gehörigem Verständnis und beim richtigen Anfassen der Sache er sich in kurzer Zeit gut entwickeln und das arbeitende Volk an anderen Orten zur gleichen Befolgung der begonnenen Tätigkeit anregen wird.

Denken wir immer daran, daß die einzelne Person nichts schaffen kann; aber wenn sie sich mit ihren Nächsten vereint, kann sie Wunder vollenden. Daher Größ Gott dem Konsumverein Gleich.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 43 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 22. Februar 1903:

Die Stellung der Polen in der Fremde gegenüber den künftigen Reichstagswahlen.

Den Lesern des Dziennik Berlinski ist es bekannt, welche Stellung wir in dieser Angelegenheit einnehmen.

Wir haben dieselbe bereits in den ersten Tagen des Januar eingehend klargestellt und mit großer Zufriedenheit den Beschluß des hiesigen politischen Komitees begrüßt, nach welchem unsere Kolonie bei den künftigen Reichstagswahlen für einen eigenen Kandidaten und zwar für den aufrichtigen Freund des polnischen Volkes, den Abgeordneten Bernhard von Chrzanowski stimmen wird.

Wir haben damals auch der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß unsere Brüder im westfälischen Industriebezirke ähnlich verfahren werden.

Ob das geschehen wird? Das ist eine Frage, die jetzt auf Grund der Delegation, welche zur polnischen Fraktion in Berlin abgesandt wurde und angesichts der Stellung, welche die Fraktion dieser Abordnung gegenüber eingenommen hat, aktuell geworden ist. Wir berichteten darüber auf Grund authentischer Informationen in der vorgestrigen Nummer unseres Blattes.

Wir meinen, daß die Antwort, welche der Abgeordnete erhalten, nicht in allen ihren Punkten eine glückliche war. Die Fraktion beschloß, diese Angelegenheit amtlich zu traktieren, und deshalb hat sie die private Abordnung des Delegierten, der sich an einen Abgeordneten gewandt hatte, als unwichtig angesehen; sie überließ es dem Willen der maßgebenden Faktoren unserer Landsleute im Westen Deutschlands, besonders den im westfälischen Industriebezirke wohnenden, eine offizielle Abordnung an die Fraktion als solche und nicht an ein einzelnes Fraktionsmitglied zu entsenden.

Unserer Meinung nach wäre es besser, wenn sich die Fraktion in diese Angelegenheit nicht amtlich einmischen und — wenn möglich — ihre Entscheidung zurücknehmen wollte, denn sie würde in jedem Falle eine große Verantwortung auf sich laden.

Wenn die Fraktion dahin entscheidet oder den amtlichen Rat erteilt, daß die westfälischen und rheinischen Polen gleich im ersten Wahlgange für einen polnischen Kandidaten stimmen sollten, so würde sie die Zentrumsparthei im Reichstage und besonders im Abgeordnetenhaus, wo sie doch bei jeder größeren parlamentarischen Aktion auf deren Hilfe angewiesen ist, für immer ungünstig für sich stimmen. Auf die Hilfe der Freijünggen kann nicht immer gerechnet werden; Sozialdemokraten gibt es im preussischen Abgeordnetenhaus nicht, und es wird wohl auch so bald keine darin geben.

Wenn dagegen die Fraktion unseren dortigen Landsleuten den Rat erteilt, gleich im ersten Wahlgange für einen Zentrumskandidaten zu stimmen, so wird es sich nicht nur viele Tausende von Landsleuten in der Fremde, sondern auch die breiten Massen des erfahrenen Volkes der Heimat abgeneigt machen.

Wir sind der Meinung, daß die Fraktion, wenn sie sich offiziell in diese Angelegenheit einmischte, es entweder mit dem Zentrum verderbe, oder was noch schlimmer ist, daß sie die eigenen Landsleute zur Enttäuschung bringen kann, und, daher tut sie am besten, wenn sie aufhört, ihre Pflicht der Verteidigung der Interessen ihrer Gesamtheit von der Parlamentstribüne herab zu erfüllen und die Erledigung dieser Angelegenheit den unmittelbar interessierten und kompetenten Faktoren, d. h. unseren Wahlbehörden überläßt. Es wird doch überall so gehandelt, daß nicht die gegenwärtigen Abgeordneten über die Wahl der zukünftigen Abgeordneten oder Kandidaten entscheiden, sondern daß die Entscheidung darüber den Wahlkomitees überlassen wird.

Unsere Landsleute im Westen Deutschlands können unserer Fraktion hier leicht unnötigen Kummer ersparen und sie von einer für sie eventuell unangenehmen Verantwortung befreien, wenn sie eine amtliche Delegation überhaupt nicht entsenden, sondern die Sache in ihren eigenen Komitees unter eigener Verantwortung auf Grund ihrer eigenen Kenntnis der Verhältnisse entscheiden, auf die sich die polnischen Abgeordneten, welche bisher mit diesen Verhältnissen leider nicht bekannt geworden sind, sich ohnehin verlassen müßten.

Aus den Versammlungen, welche daselbst abgehalten worden sind, werden wir uns überzeugen, daß unsere Landsleute im Westen ebenso wie hier in Berlin beabsichtigen, für einen eigenen Kandidaten zu stimmen. Und das mit Recht!

Für uns Polen, die wir in der Fremde leben, haben die Reichstagswahlen, namentlich jetzt, wo das Wahlergebnis völlig gesichert werden soll, eine noch viel größere Bedeutung als für die Landsleute der Heimat, denn nur alle fünf Jahre bietet sich uns die so bequeme Gelegenheit zu einer durch nichts beeinträchtigten Migration, nur alle fünf Jahre können wir uns unter der Losung der Wahl eines nationalen Kandidaten vereinigen und zusammentun, wodurch das nationale Selbstbewußtsein in jedem polnischen Arbeiter geweckt wird.

Um die Wahl eines Kandidaten ist es uns nicht zu tun, davon ist auch keine Rede, sondern es geht uns um das Stimmengie für einen polnischen Kandidaten, um das Mittel zur Vertiefung des nationalen Selbstbewußtseins in den breiten Massen des polnischen Emigrantentums, welches überall von dem Meere des Deutschtums umflutet ist. Und daher ist es durchaus notwendig, daß unsere Landsleute in Westfalen und im Rheinlande im ersten Wahlgange stets für einen polnischen Kandidaten stimmen und daß sie die eifrigste Migration entwickeln, um die größtmögliche Zahl von Stimmen für denselben zu bekommen.

In den engeren Wahlen dagegen, wenn der Kampf um den Kandidaten der uns am meisten feindlich gesinnten nationalliberalen Partei und um den Kandidaten des Zentrums geführt wird, sollten die Landsleute nach unserer Meinung im Namen der gemeinsamen Interessen des Katholizismus die deutsch-katholische Kandidatur unterstützen, das aber nur dann, wenn sich das Zentrumskomitee in der entsprechenden Form an das Wohlwollen der katholischen Polen wendet.

Wir sind der Meinung, daß das Zentrum selbst dieses Prinzip der Polen in der Fremde als das einzige vernunftgemäße anerkennen wird, denn das Zentrum verliert dabei durchaus nichts, es kann vielmehr nur Vorteil dadurch haben.

Im Kreise Bochum-Gelsenkirchen-Attlingen, um den es sich hauptsächlich handelt, ist keine Rede davon, daß das Zentrum — und hätte es auch

die Stimmen der Polen — gleich im ersten Ansturm die in diesem Kreise durch Macht und Zahl starke nationalliberale und sozialdemokratische Partei besiegen sollte, erst bei den engeren Wahlen kann es den Sieg davontreiben. Möge daher das Zentrum in den Hauptwahlen seine Kräfte anspannen, um zur engeren Wahl zu gelangen, nur wenn es auf Wunsch von den Polen unterstützt wird, dann wird es mit Leichtigkeit siegen können.

Aus Nr. 46 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 26. Februar 1903:

Wir erfahren, daß in dem hiesigen katholischen Mädchenpensionate, welches unter Leitung der Ursulinerinnen steht, sich die Lehrerinnen erlauben, die nationalen Empfindungen der polnisch-katholischen Schülerinnen zu beleidigen. Eine der Schwestern, welche Geschichtsunterricht erteilte, schämte sich nicht, über Polen und dessen Könige in einer Weise zu sprechen, welche in den Herzen der polnischen Schülerinnen geradezu Entrüstung hervorrufen mußte. Mit Tränen in den Augen erzählten die Schülerinnen zu Hause, was ihnen als Polinnen in dem katholischen Pensionate zugestoßen sei.

Wenn die Oberin die Sakristin im Nonnenkleide nicht belehren wird, daß es unchristlich und keineswegs katholisch sei, den polnischen Schülerinnen in dieser Weise Geschichtsunterricht zu erteilen, und wenn diese Lehrerin weiterhin das nationale Empfinden der Schülerinnen beleidigen wird, so bleibt den polnischen Eltern nichts weiter übrig, als ihre Töchter aus diesem Pensionat fortzunehmen und sie in polnische Pensionate in der Heimat unterzubringen.

Das wird auch das Richtigste sein!

Aus Nr. 39 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 18. Februar 1903:

Einigkeit zwischen Deutschen und Polen.

Die polnischen Katholiken in Wattencheid, welche sich sehr zahlreich an dem am Sonnabend veranstalteten Umzuge beteiligt hatten, hatten heute besonderen Gottesdienst; die Predigt hielt der Vikar Kleinsorge aus Ueckendorf. Alsdann fand im Brüggemann'schen Hotel eine polnische Versammlung statt, denn im Fichtner'schen Saale mangelte es an Raum. Dasselbst hielt Vikar Kleinsorge eine erhebende Rede zu Ehren des Papstes. Im Verlaufe der Versammlung erschien zu allgemeiner Freude Propst Hausmann. Diese Papstfeier lieferte den Beweis für die Einigkeit, welche zwischen den deutschen und polnischen Katholiken in Wattencheid besteht.

Die Deutschkatholiken versammelten sich nach dem Umzuge im Fichtner'schen Saale, um daselbst das Jubiläum zu feiern.

So schreibt die Deutsche Zeitung.

Aus obigem ersieht man, daß die Deutschkatholiken, wenn sie den Polen gegenüber Gerechtigkeit walten lassen wollen, stets ohne Schwierigkeit Gelegenheit dazu finden. Kein Pole wird gegen einen gemeinschaftlichen Umzug zwecks Dokumentierung der katholischen Einigkeit sein, wenn er sieht, daß es sich lediglich darum handelt und nicht Nebenzwecke verfolgt werden. In Wattencheid hat man den Polen polnische Gottesdienste gegeben;

man verlangte nicht, daß sie den für sie unverständlichen „Festrede“ Gehör schenken, sondern man kam dahin überein, daß sich die Polen nach beendigem Umzuge besonders versammelten, um daselbst in der Muttersprache etwas über das Leben und die Taten des heiligen Vaters zu erfahren.

Daran sollten sich alle deutschkatholischen Geistlichen ein Beispiel nehmen; die Polen würden stets mit ihnen zusammengehen, wenn es sich um die allgemeine katholische Sache handeln sollte.

Niemand aber kann es den Polen verargen, daß sie sich an den gemeinsamen Aufzügen dann nicht beteiligen, wenn die Deutschen verlangen, daß nach Beendigung des Umzuges die Polen sich mit ihnen in demselben Saale versammelten. In dieser Beziehung muß den Polen jeder biedere Deutsche, der vom klerikalen Chauvinismus noch nicht angesteckt worden ist, recht geben.

Wir haben uns auch überzeugt, daß es durchaus nicht so schwer ist, einen polnisch sprechenden Geistlichen zu bekommen, wenn bei den deutschen Geistlichen der gute Wille vorhanden ist.

Zum Schlusse fragen wir: Weshalb sorgen die Propste nicht dafür, daß der Vikar Kleinsorge ausschließlich für die Polen arbeite? Wir sind dessen gewiß, daß dieser Geistliche, der des Polnischen mächtig ist, seine Kräfte gerne der polnischen Seelsorge widmen würde. Wir sind auch überzeugt davon, daß unser hochwürdigste Bischof damit einverstanden wäre, wenn die Propste sich nur mit einer solchen Bitte nach Paderborn wenden wollten. Aber weshalb tun die deutschen Propste das nicht? Sie werden doch nicht etwa behaupten wollen, daß die Polen in der Fremde hinreichende Seelsorge in der Muttersprache hätten!

Aus Nr. 46 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 26. Februar 1903:

Es könnte anders sein!

Aus Bruch wird uns geschrieben: Uns Polen traktiert man hier als Katholiken zweiter Klasse. Neu war der vierzigstündige Gottesdienst, ebenso der Gottesdienst mit polnischer Predigt; wer aber wußte davon? Diejenigen höchstens, die in der Nähe der Kirche wohnen; im übrigen war es nur wenigen bekannt. Und warum ist es so? Weil unser Propst die Gottesdienstordnung nur durch die deutsche Zeitung bekannt macht und in dem Organe des Auswanderertums, im Wiarus Polski nicht. Weshalb denn nicht? Wünscht man etwa nicht, daß wir diese Gottesdienste besuchten, oder will man es haben, daß wir aus den deutschen Zeitungen erfahren, daß zu der und der Stunde an dem und dem Orte polnischer Gottesdienst stattfindet! Könnte denn unser Propst diese Nachricht nicht dem Wiarus Polski zusenden, der doch, soviel mir bekannt, solche Bekanntmachungen unentgeltlich aufnimmt?

Es wird jetzt in schönen Worten davon geschrieben, daß wir die Deutschen während der Wahlen unterstützen möchten. Welche Gegenleistung bieten denn aber diese uns? Warten wir nur bis etwa vier Wochen vor den Wahlen, dann werden wir polnische Gottesdienste fast im Überflusse haben. Hier hat sich eine gewisse Person erlaubt zu sagen, daß die hiesigen Polen in spätestens 20 Jahren ihre Nationalität eingebüßt haben würden. Wenn diese 20 Jahre auch niemals zu Ende gehen werden, so wundert es mich doch, weshalb es den Deutschen so sehr um unsere Entnationalisierung zu tun ist. Werden wir etwa dann für sie stimmen?

Wie der geehrten Redaktion und den Lesern bekannt, fanden im November die Wahlen des Kirchenvorstandes und der Kirchenrepräsentanten statt. Die Polen haben sich tapfer gehalten und alle ihre Kandidaten durchgebracht, so daß man sie durchaus nicht tadeln kann, und jetzt ist alles still, alles schläft ruhig. Verschiedene Gerüchte darüber gehen von Mund zu Mund, aber niemand kann mit Sicherheit sagen, wie es um diese Wahlen bestellt ist; der Herr Propst und die Herren Deutschen scheinen sich vor den Polen zu fürchten, daß sie mit uns über die kirchlichen Angelegenheiten und über diejenigen der katholischen Gemeinden beraten müßten und noch dazu mit Katholiken von „untergeordnetem Werte“ und daß die Herren Deutschen von seiten der Polen so manche Wahrheit hören müßten über das Unrecht, welches uns in der durch unser Geld erbauten Kirche zugefügt wird.

Ich meine, es wäre gut, wenn der Vorsitzende des St. Michael-Bereins dem Wiarus Polski mitteilen wollte, wann bei uns polnischer Gottesdienst stattfindet.

Aus Nr. 48 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 28. Februar 1903:

Die Seelsorge der Polen in der Fremde

Ist eine derartige, daß man sie überhaupt nicht als „Sorge“ bezeichnen kann. Es bedarf hierüber keiner Beweise weiter. Betrachten wir nur die Parochien: Bruch, Herten, Bottorp, Hamborn, Oberhausen, Dortmund, Katernberg, Schalke, Herne, Ueckendorf, Wanne, Wattencheid, Baukau, Horsthausen, Langendreer, Castrop usw., in denen nicht Hunderte, sondern Tausende polnischer Seelen sich befinden und die keine ständige Seelsorge haben, und es wird alsdann jeder zugeben müssen, daß den Polen in der Fremde in dieser Beziehung großes Unrecht geschieht. Außer den genannten Parochien gibt es noch viele andere, die über tausend und noch weit mehr Polen haben. Verlangen die Polen denn zu viel, wenn sie wünschen, daß wenigstens in diesen Parochien ein polnischer Geistlicher ständigen Wohnsitz hätte, damit wenigstens die Polen dieser Ortschaften an jedem Sonn- und Feiertage polnischen Gesang während der heiligen Messe und Vormittags polnische Predigt hätten, damit Trauungen, Taufen und Beiräbnisse der Polen von einem polnischen Geistlichen abgehalten, d. h. damit die Fragen polnisch und nicht deutsch gestellt würden, damit der Geistliche die Gebete in polnischer Sprache verrichtete, damit die polnischen Kinder zur ersten Beichte und hl. Kommunion in polnischer Sprache vorbereitet würden! Haben denn die Polen nicht das Recht, zu verlangen, daß sie wenigstens in der Kirche mit den Deutschen auf gleiche Stufe gestellt würden, ebenso wie die Deutschkatholiken in der Erzdiözese Gnesen-Posen vollständig gleichberechtigt sind? Die Polen verlangen nichts weiter als Gerechtigkeit!

Aus Nr. 47 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 27. Februar 1903:

Welcher Ansicht die Polen in Westfalen über die künftigen Reichstagswahlen sind, geht aus nachstehender, im Wiarus Polski veröffentlichten Korrespondenz hervor:

Essen.

Nachdem wir verschiedene Artikel in Blättern, welche in unserer Heimat erscheinen, gelesen und von dem Ratsschlage des Prälaten von Jazdzewski, die Polen in Westfalen und im Rheinland sollten ihre Stimmen bei den Reichstagswahlen einem Zentrumsmanne geben, Kenntnis erhalten haben, sehen wir uns veranlaßt, unsere Ansicht in dieser Angelegenheit des Näheren darzutun. Wir Polen wohnen schon seit vielen Jahren hier in der Fremde und wissen daher aus Erfahrung, was das Zentrum oder seine Bundesgenossen für uns getan haben. Was unsere Stellungnahme anbelangt, so überlassen wir dies dem „Hauptwahlkomitee“ zur Entscheidung. Für den Fall, daß uns das Hauptkomitee den Rat erteilen sollte, für das Zentrum zu stimmen, so sollte man nach meiner Meinung folgende Bedingungen stellen:

1. das Zentrum muß uns für eine ständige Seelsorge in der Muttersprache garantieren, 2. die Zentrumskomitees müssen sich mit dem polnischen Komitee der Heimat verständigen und die Garantie bieten, daß sie in den polnischen Landesteilen nur für die Polen stimmen werden und nicht für die Liberalen (Sakristen), 3. die Zentrumsleute müssen in Schlesien für solche Kandidaten stimmen, welche das dortige polnische Komitee empfehlen wird, 4. das Zentrum darf uns nicht nur bei den Wahlen entgegenkommen zeigen, sondern wir verlangen energisch, im Reichstage angesichts der antipolnischen Politik unterstützt zu werden und das nicht nur durch Worte, sondern durch die Tat bei der Wahl.

W. N. i. S.

Aus Nr. 47 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 27. Februar 1903:

Essen.

Jahresbericht über die Tätigkeit des polnisch-katholischen Bereins „Jedność“.

Der Verein ist im September 1890 gegründet worden, er besteht somit 13 Jahre. Zu Beginn des Jahres 1902 hatte der Verein 130 Mitglieder, im Laufe des Jahres sind 43 eingetreten, so daß die Zahl derselben bis 173 gestiegen ist. Ausgeschieden sind 72 Mitglieder. Für das Jahr 1903 verbleiben 101 Mitglieder. Es sind im verfloßenen Jahre 24 gewöhnliche Versammlungen, 1 Generalversammlung und 12 Vorstands-Sitzungen abgehalten worden. Die Versammlungen sind von 30—40 Mitgliedern besucht gewesen; es sind 26 Vorträge gehalten worden. Der Verein abonniert den Wiarus Polski, den Przegląd Katolicki, den Głos Wielkopolski, die Gazeta Gruzdyńska und den Głos Słonca. Außer diesen Blättern abonnieren die Mitglieder die Zeitschriften Intencje Miesieczne und Głos Katolicki, welche in Krakau erscheinen. Die Bibliothek besteht aus 197 Bänden; der größte Teil der Bücher ist Eigentum des Vereins, nur wenige Bände gehören dem Volksleserverein in Posen. Im vergangenen Jahre haben 42 Mitglieder die Bibliothek benutzt, es sind sämtliche Bücher gelesen worden. Der Stand der Kasse ist folgender: Bestand aus dem Jahre 1901 111,72 Mark. Die Einnahmen betrugen 874,31 Mark, insgesamt 986,03 Mark. Die Ausgaben betrugen 524,93 Mark. An Unterstützung haben Mitglieder erhalten 318 Mark, die Gesamtausgabe

betrug 842,93 Mark. Es verbleiben in der Kasse für das Jahr 1903 143,10 Mark. Am 4. Januar 1903 fand die Generalversammlung statt; in derselben wurde folgender Vorstand gewählt:

M. Szczenśny, Vorsitzender,
J. Zawacki, stellv. Vorsitzender,
K. Krolak, Schriftführer,
St. Broda, stellv. Schriftführer,
St. Jasiniak, Kassierer,
W. Jendraszak, stellv. Kassierer,
M. Wielinski, Bibliothekar,
St. Herezotowski, stellv. Bibliothekar.
M. Szczenśny, Vorsitzender.
K. Krolak, Schriftführer.

Aus Nr. 47 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 27. Februar 1903:

Halbinghorst.

B e r i c h t

über die Tätigkeit des St. Antonius Vereins für das Jahr 1902.

Der Verein hatte zu Beginn des Jahres 1902 94 Mitglieder, neu aufgenommen wurden 22, ausgeschieden sind 52. Es haben im Laufe des Jahres 20 Versammlungen stattgefunden, darunter eine außergewöhnliche. An den Versammlungen haben durchschnittlich 30 Mitglieder teilgenommen. Die Bibliothek besteht aus 120 Bänden, welche Eigentum des Volkslesevereins in Posen sind. Die Einnahmen betrugen, miteingerechnet den Überschuss aus dem Vorjahre (42,84 Mark), 439,61 Mark, die Ausgaben 430,20 Mark. Der Kassenbestand beträgt 10,20 Mark. In den Vorstand sind gewählt worden:

J. Weihrauch, Vorsitzender,
St. Pawlak, stellv. Vorsitzender,
J. Maczkowiak, Schriftführer,
P. Fronckowiak, stellv. Schriftführer,
Fr. Mikus, Kassierer,
W. Jatuszynski, stellv. Kassierer,
Józ. Harendarczyk, Bibliothekar,
St. Krol, stellv. Bibliothekar.

Die Versammlungen finden an jedem zweiten und vierten Sonntag eines jeden Monats, um 4 Uhr Nachmittags, im Kleinaltstädtechen Saale statt.

J. Weihrauch, Vorsitzender.
J. Maczkowiak, Schriftführer.

Aus Nr. 41 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 20. Februar 1903:

Ober-Strum.

J a h r e s b e r i c h t

über die Tätigkeit des St. Antonius-Vereins.

Der Verein ist am 17. November 1901 gegründet worden. Bei der Gründung wurden 70 Mitglieder aufgenommen, im Laufe des Jahres kamen 120 Mitglieder hinzu, von diesen gingen 4 zum Militär, 6 wurden wegen rückständiger Beiträge in der Liste gestrichen, 49 sind wegen anderweitiger Arbeit ausgeschieden; es verbleiben 131 aktive Mitglieder. Im Laufe des Jahres sind 28 Versammlungen abgehalten worden, davon 4 Generalversammlungen. In der Bibliothek befinden sich 105 Bücher, welche Eigentum des Volkslesevereins in Posen sind.

Die Einnahmen betrugen 1143,80 Mark, die Ausgaben 1055,55 Mark. Es verbleiben in der Kasse 79,25 Mark. In den Vorstand sind für das laufende Jahr gewählt worden:

Anton Jdziaszek, Vorsitzender,
Sikski, stellv. Vorsitzender,
Valent. Marciniak, Schriftführer,
Lorenz Kurowski, stellv. Schriftführer,
Fr. Bunt, Kassierer,
Józef Jaroniak, stellv. Kassierer,
Michael Baras, Bibliothekar,
Andreas Wojaczek, stellv. Bibliothekar.
A. Jdziaszek, Vorsitzender.
W. Marciniak, Schriftführer.

Aus Nr. 41 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 20. Februar 1903:

Gwing.

B e r i c h t

über die Tätigkeit des St. Joseph-Vereins.

Der St. Josef-Verein ist am 18. November 1894 gegründet worden. In den Vorstand wurden gewählt:

Johann Jensch, Vorsitzender,
Ignatz Jung, stellv. Vorsitzender,
Ludwig Franek, Schriftführer,
Franz Narozny, stellv. Schriftführer,
Andreas Baluch, Kassierer,
W. Grzeskowiak, stellv. Kassierer,
Anton Lipka, Bibliothekar,
St. Narozny, stellv. Bibliothekar.

Der St. Josef-Verein hatte 163 Mitglieder; 63 sind ausgeschieden, es verbleiben somit 100. Die Einnahmen betrugen 743,85 Mark, die Ausgaben 706,03 Mark; es verbleiben somit in der Kasse 37,82 Mark.

J. Jensch, Vorsitzender.
L. Franek, Schriftführer.

Aus Nr. 41 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 20. Februar 1903:

Dortmund.

Der Verein „Jedność“ erstattete am 1. Februar Bericht über die Tätigkeit des letzten halben Jahres; es ist alles in bester Ordnung vorgefunden worden. In den Vorstand wurden gewählt:

Valentin Golzhein, Vorsitzender,
Stanislaus Walter, Kassierer,
Johann Kaczor, Schriftführer,
St. Goralewski, stellv. Vorsitzender,
Johann Waskowiak, stellv. Kassierer,
St. Gzinski, stellv. Schriftführer.

Der Vorstand.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 6 des Petersburger Kraj

vom 7. (20.) Februar 1903:

Von Meer zu Meer.

Theoretische Anschauungen
über die praktische Lösung realer
Angelegenheiten.

Die Leser des Kraj kennen die Ansichten des Herrn R. Przewalski über die Bedingungen, unter welchen sich, seiner Ansicht nach, die polnisch-russischen

Verhältnisse nicht nur zu Gunsten, sondern auch zur Zufriedenheit beider Teile normieren ließen. Er ließ sich darüber aus unter der Überschrift: „Gedanken eines slawenfreundlichen Polen“ in der Monatschrift *Slowianskij Wiek*; einer der hervorragendsten, heutigen russischen Slawenfreunde, der bekannte Geschichtsschreiber M. Kiriejew versah sie mit einem Kommentar, und der Kurjer Pognanski widmete diesen Urteilen und Anschauungen einen Zeitartikel. Herr Kiriejew erhielt überdies von verschiedenen Seiten eine ganze Anzahl von Briefen mit Ansichten von Personen, welche in der Presse weder das Wort ergreifen wollen noch können und unter diesen Briefen fand sich auch ein umfangreiches Schreiben eines „hervorragenden polnischen Gelehrten und Publizisten“. Gerade auf diese Briefe, sowie auf die Ausführungen des Kurjer Pognanski antwortet Kiriejew in der vor zwei Tagen im Druck erschienenen Februar-Monatschrift *Izwestija St. Pietersb. Slowianskago Blag. Obščestwa*.

Dieser Geschichtsschreiber und Publizist behält sich von vornherein und ausdrücklich vor, daß er alles auf sein eigenes Risiko (ohne einen halbamtlichen ballon d'essai in die Welt schicken zu wollen) schreibe und lediglich von dem Wunsche beseelt sei, der heiligen Sache, der Ausöhnung der entzweiten Brüder zu dienen und beginnt seine Sache mit der Beschreibung einer Episode aus seinen persönlichen Erinnerungen:

„Zu Anfang des Frühjahrs 1863 hielt der Warschauer Erzbischof Felinski in der St. Johannis-Kirche in Warschau eine scharfe, regierungsfeindliche Rede, worauf er nach Petersburg ad audiendum verbum geladen wurde. Ich war damals Adjutant des Großfürsten Konstantin Nikolajewitsch und mußte ihm das Ehrengelb geben. Der Erzbischof war der russischen, ich der polnischen Sprache mächtig, wir sprachen jedoch französisch. Ich kann mich auf unsere Unterhaltung genau besinnen. Sie bezog sich natürlich auf die Tagesereignisse, auf die Politik und die politische Predigt Sr. Erzellenz, für welche er sich verantworten sollte. Ich machte ihn auf die Tragweite der vom Kaiser Alexander II. Polen verliehenen Autonomie mit dem Bedauern aufmerksam, daß sie von den Polen so feindlich aufgenommen wurde.

„Und die Grenze vom Jahre 1772?“ entgegnete mir scharf der Bischof.

„Eure Erzellenz verlangen Unmögliches,“ gab ich zur Antwort.

„Sachez donc, Monsieur,“ bemerkte Felinski leidenschaftlich, „daß so lange hier im Westen des Landes auch nur ein Pole sein werde, welcher dessen Vereinigung mit dem Königreich Polen verlangt, vous n'aurez ni paix ni trêve.“

„— Mais alors, Monseigneur“ — bemerkte ich — „vous prononcez la condamnation de votre patrie!“ „— Peut-être —“ erwiderte der Erzbischof — „nous sommes une nation femme: quand nos sentiments sont en jeu, nous ne raisonnont pas.“

Und das ist wahr. Dieser sympathische und so unbequeme weibliche Charakter angesichts der realen, politischen Ziele bildet eine Eigentümlichkeit des slawischen Gesamtstammes.

Dies ist ein charakteristischer Zug aus der Geschichte vergangener Jahre. Und wie ist es heute?

„Seit jener Zeit ist ein halbes Jahrhundert verflossen und wiederum hören wir dieselben Worte, denselben Gedanken und dasselbe Verlangen. Wie polnisch ist das! Leget ab die sympathische Weiblichkeit, setzet dafür, mit dem Kopfe, nicht aber mit dem Herzen zu denken und Ihr werdet uns Russen die Möglichkeit verschaffen, Eure Partei zu ergreifen und uns die Notwendigkeit der Abänderung der Aus-

nahmegesetze, auf welche der Kurjer Pognanski hinweist, beweisen.

Verständigen wir uns!

Ich will gern annehmen, daß die Ausnahmegesetze sehr unangenehm sind, daß deren Härte durch die Verwaltungsbehörden noch gesteigert wird; wenn wir uns jedoch vergegenwärtigen wollten, daß die Verwaltung plötzlich eine musterhafte, eine so vorzügliche, wie z. B. die preussische, geworden sei, ferner, daß alle für Polen und den Westen des Landes erlassenen Ausnahmegesetze einer Änderung unterlegen seien, dabei aber das slawenfreundliche Programm nach wie vor von den Polen zurückgewiesen werde, würden dann unsere, sogar die wichtigsten und endgültigsten Zugeständnisse die Sachlage ändern? Nein, nicht um ein Haar!

Die Polen würden, nachdem sie wie früher Warschau wiedererhalten hätten, uneingedenk der blutigen Lehre bei Prag und Wola, wieder Wilna und Kiew fordern und sich mit uns nicht vertragen. Diese erwünschte Einigkeit ist ja doch unser großes, heiliges Ziel. . . Sie ist möglich! Von polnischer Seite warten wir nur auf eines: auf das Erwachen eines nüchternen Gedankens bei ihnen!“

In dem Kiriejew'schen Artikel ist von zwei Denkmälern die Rede.

„Das Denkmal Murawjows hat eine symbolische Bedeutung, es ist das Symbol der Stellung Rußlands, nicht Polen gegenüber, sondern den polonisierten Söhnen Litauens und Weiß-Rußens mit ihren Millionen orthodoxer Bevölkerung gegenüber. Es gibt aber noch ein anderes Denkmal, welches das Verhältnis Rußlands zu Polen symbolisch darstellt. Es wurde früher errichtet, als das Denkmal Murawjows. Es ist dies das prachtvolle Denkmal Mickiewicz in Warschau. Mickiewicz gehört, wenn auch nicht seiner Abstammung, so doch seiner Meinung nach der polnischen Nation an, er erhielt daher seinen richtigen Stand in dem polnischen Warschau zwischen den Denkmälern Siegismonds des Weisen und des tapferen Sobieski. Ich erlaube mir zu bezweifeln, ob die Polen von der sehr kulturellen preussischen Regierung die Erlaubnis zur Errichtung eines Denkmals für den Schöpfer des „Konrad Wallenrod“ erhalten würden. „Nein, so dumm sind wir nicht,“ würden die Deutschen schon zu dem bloßen Vorschlage sagen.“

Hier wird die Annahme Kiriejew's u. a. durch die Tatsache entkräftet, daß es in Posen ein Mickiewicz-Denkmal gibt, dessen Ansicht wir in Nr. 1 des *Kraj* von diesem Jahre brachten.

Jetzt folgt die Gegenüberstellung der ethnographischen und historischen Gesichtspunkte:

„Viele Stimmen sprechen für das historische Recht. Was ist das aber für ein Recht? Es ist nichts anderes, als eine Sammlung verzeichneter Tatsachen, seit welchen eine mehr oder minder große Reihe von Jahren verflossen ist. Die Tatsache als solche, auf einem höheren Grundsatz nicht begründet, hat nur so lange eine Bedeutung, als sie nicht von einer mächtigeren Tatsache abgeleugnet und abgeändert wird. Der Verfasser des Briefes sagt, für die Polen sei es schwer, zu leben. Das ist richtig, aber weshalb? Weil sie von einem historischen unmöglichen Polen träumen und nicht an ein mögliches, ethnographisches Polen denken; weil die Vergangenheit sie daran hindert, die Gegenwart und die Zukunft zu sehen. Trotz der bitteren Enttäuschungen der Jahre 1862/63 bin ich überzeugt, daß wir uns zum Zwecke gemeinsamer Arbeit sehr gut einander nähern könnten. Dies wird jedoch, ich wiederhole

es, dann der Fall sein, wenn nicht nur ein, sondern hunderte Przewalskis auftreten."

Der Artikel des Kurjer Pognanski enthält, nach Ansicht Kiriejew's, äußerst sympathische Gedanken. Solche Worte des Kurjer Pognanski wie:

"Die slawische Idee, von welcher wir tief durchdrungen sind; das Bewußtsein der Stammesverwandtschaft mit Rußland, welches in uns lebt und wächst"

waren vor 10—15 Jahren in einem polnischen Blatte nicht anzutreffen.

"Weil aber diese Gefühle neu sind, so ist es möglich, daß sie noch unklar und in Nebel gehüllt sind. Die slawische Idee — eine große Idee, ist sie aber nicht für viele polnische Gemüter gleichbedeutend mit der Jagiellonischen Idee? Und es sind dies zwei äußerst verschiedene, in gewisser Hinsicht gerade entgegengesetzte Dinge."

Die Worte des Kurjer Pognanski sind zweifellos schön, aber — fragt p. Kiriejew — stehen hinter ihnen auch die Taten? Wo zeigt sich jene polnische Slawenfreundschaft in den Taten? Im Wiener Parlament z. B. sind die Handlungen der polnischen Abgeordneten geradezu gegen die slawische Idee gerichtet. In Österreich steht die tschechische Nation an der Spitze der Verfechter des Slawentums. Man sollte meinen, die Polen müßten mit den Tschechen Hand in Hand gehen, sie in dem Kampfe gegen die Deutschen per fas et nefas unterstützen. Indes verhält sich die Sache anders. Die Polen führen eine Politik auf eigene Faust. Wenn sie sich mit den Tschechen verbänden, würden die Dinge in dem Wiener Parlament einen ganz anderen Verlauf nehmen. Der Kurjer Pognanski verlangt, die Russen sollten doch ihre polnischen Sympathien durch Taten erhärten.

"Wie sollen wir die Aufrichtigkeit unserer Gesinnung, deren wirkliches Vorhandensein und ihren Ernst beweisen?" — fragt Kiriejew. "War denn Kaiser Alexander II. in Bezug auf Polen in den Jahren 1862/63 nicht aufrichtig? Bis zur äußersten Möglichkeit hielt er sich an sein Versöhnungsprogramm, sogar auch dann noch, als die unglückselige, unsinnige Revolution, nachdem sie das ganze Königreich erfaßt, sich auch noch über die nördlichen und süd-westlichen Gouvernements, als bereits auf beiden Seiten das Blut in Strömen floß, erstreckte. Ich erinnere mich noch der an mich gerichteten Worte des Kaisers. Es war im Frühjahr des Jahres 1863; ich war im Begriff, nach Warschau zurückzukehren. Indem er mir einen Brief an seinen Bruder, den Großfürsten Konstantin Nikolajewitsch übergab, erteilte mir der Kaiser einige mündliche Aufträge und bemerkte: „Und sage dem Marquis (Wielopolski), daß ich, ohne Rücksicht auf den Aufstand, unserem Programm treu bleibe und ihn nicht aufgebe.“ Nach drei Monaten waren wir jedoch gezwungen, uns zurückzuziehen und die Regierung militärischen, ganz unerbittlichen Händen zu übertragen. Ja! Wenn Wielopolski damals bei seinen Landsleuten Unterstützung gefunden hätte, dann wäre der ethnographische Landesteil, in welchem das Volk und die Volkssprache polnisch sind, in den Genuß der allgemeinen Staatsrechte gelangt. Wir sind bereit, diesem Landesteil die normalen Rechte zu gewähren, jedoch nur dann, wenn wir die Garantie haben, daß die Ansprüche der Polen nicht über Warschau-Polen hinaus reichen."

Zum Schluß fragt der Verfasser, welchen Erfolg wohl ein gegenseitiger Meinungsaustausch in diesen Sachen haben könne? Der Wert und die Bedeutung desselben sind folgende: Eine endgültige Versöhnung steht noch nicht nahe bevor, aber ein

Meinungsaustausch ist schon aus dem Grunde wichtig, weil er die Sache klarlegt, verschiedene Mißverständnisse beseitigt und einen gemeinschaftlichen Gesichtspunkt feststellt. Wenn ein regelrechter, politischer Gedankengang sich der Gesinnung sogar derjenigen bemächtigt, welche sich anfänglich ihm gegenüber feindlich oder verächtlich verhielten, dann fängt sicherlich der psychologische Augenblick an näherzurücken, welcher die geschichtliche Wendung kennzeichnet und über das Schicksal der wichtigsten Dinge und politischen Rätsel entscheidet.

Aus Nr. 41 des Czas (Krakau)

vom 20. Februar 1903:

Die Losungen in der Provinz Posen.

Als es zu Anfang der Regierung Kaiser Wilhelms II. — nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck — den Anschein hatte, die preußische Regierung werde den Polen gegenüber ein etwas milderer System zur Anwendung bringen, kündigten ehrwürdige Häupter im preußischen Anteil die sogenannte und heute so verschriene Versöhnungspolitik an. Sie gründete sich darauf, daß die Polen unter Preußens Szepter in Gemäßheit ihrer zu berücksichtigenden, gerechten Forderungen ihre Sonderstellung aufgeben und sich an den die Gesamtmonarchie betreffenden Angelegenheiten beteiligen sollten. Die ersten Folgen dieser neuen Richtung waren bekanntlich das Stimmen der polnischen Abgeordneten in Berlin für die Militärvorlage der Regierung einerseits, andererseits das Einverständnis der Krone mit der Wahl eines Polen für den erzbischöflichen Stuhl von Gnesen-Posen, sowie die Berücksichtigung der Polen bei Ernennung zu Mitgliedern der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Selbstverwaltungsbehörden. Die chauvinistische Richtung, in welche die deutsche Gesellschaft zum Teil auf Anregung des frondierenden Exzaltiers verfiel, machte diesem Beginnen bald ein Ende, wozu die profaische Brotfrage das ihrige beitrug. Die deutschen Ankömmlinge in Großpolen und in Westpreußen befürchteten, daß ihnen etwa unter dem Einfluß einer gerechteren Beurteilung der Polen und der polnischen Verhältnisse ein Teil der Regierungssubventionen entzogen werde und das bisherige Monopol der Bekleidung aller einträglichen Ämter und Stellungen ein Ende erreiche. Es wurde Alarm geschlagen und die durch tendenziöse Artikel aus den Ostmarken unterstützte deutsche Presse fing an auf die angebliche dem Staate seitens der Polen drohende Gefahr aufmerksam zu machen, welche ja doch nichts anderes im Schilde führten, als die Lostrennung ihrer Landesteile von dem deutschen Kaiserreich und die Vernichtung der ganzen sowohl deutschen, als auch preußischen Staatseinrichtung. Gleichzeitig trat in Deutschland der Antisemitismus in die Erscheinung. Die von ihm bedrohten mächtigen Elemente wußten bald von dieser preußischen antipolnischen Verirrung Gebrauch zu machen und, instinktiv fühlend, daß diese augenblickliche, vollstümliche Losung eine Erscheinung des preußischen Charakters sei, kamen sie den deutschen Chauvinisten bei der Unterdrückung der Polen gern zu Hilfe, damit nicht etwa die hochgehenden Wogen an der antisemitischen Richtung zershellten. Die den Polen niemals wohlgesinnte preußische Regierung benützte diese Wendung in der öffentlichen Meinung, um die Front zu ändern und um bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit

der, sobald sich ihnen der Brotkorb zu entrücken anfängt, stets zum Widerstande geneigten deutschen Elemente von den Polen abzuwenden. Sicherlich spielten auch hierbei gewisse politische Rücksichten eine Rolle. Die bekannten Breschener Vorkommnisse und die Entdeckung der angeblich politischen Vereine unter der Schuljugend bildeten einen bequemen Deckmantel Rußland gegenüber für längst beabsichtigte Verstärkung der Militärgarnisonen an der Ostgrenze. Infolgedessen machte sich die preussische Regierung mit erneuter Energie an die Bekämpfung des Polentums und Graf Bülow bezeichnete von der Rednerbühne des Landtages herab die polnische Angelegenheit als die vitalste Frage in der preussischen Monarchie. Selbstverständlich wurde unter diesen Umständen das Weitermarschieren in sogenannter versöhnlicher Richtung zur Unmöglichkeit.

Welcher Ansicht ist die polnische Gesellschaft im preussischen Anteil über diese Lage? In jeder politisch reifen Gesellschaft zieht eine Systemänderung eine Änderung der Taktik, aber niemals eine Änderung der Ansichten nach sich. Bei uns ist es leider anders. Der größere Teil der Gesellschaft in der Provinz Posen versteht nach wie vor nicht die Tragweite der Versöhnungspolitik und die Grenzen, in welcher sie sich bewegen mußte, er sieht aber auch kein anderes Feld der Thätigkeit. Früher gab man sich einem bis zur übertriebenen, der Nationalwürde hohnsprechenden Lokalität heranreichenden Optimismus hin, heute weiß man nur, daß anders zu Werke gegangen werden muß, wie und was jedoch gemacht werden soll, davon hat selten jemand einen Begriff. Der Durchschnittsbildete, ja vielleicht auch der Nichtdurchschnittsbildete läßt sich von den Losungen fortreißen, ohne über deren Bedeutung tiefer nachzudenken.

Alle reifen Gesellschaften teilen sich in politischer Hinsicht in Konservative und Fortschrittliche. Dies ist eine normale und notwendige Teilung, um die Gesellschaft durch gegenseitigen Wettbewerb auf dem Gebiete der nationalen und gesellschaftlichen Arbeit in dem gehörigen Gleichgewichte zu erhalten. Alles, was außerhalb dieser beiden Richtungen liegt, kann nur eine zeitliche, gelegentliche Bedeutung haben, welche bei Eintritt anderer Zeiten und Verhältnisse aufhört. Auch bei uns natürlich rechnen sich die denkenden Menschen zu einer dieser beiden Parteien, doch unsere besondere Lage bringt es mit sich, daß zwischen ihnen weniger Unterschiede, als anderswo bestehen. Jeder polnische Patriot muß seine alten Überlieferungen in Ehren halten, doch dem gesunden Fortschritte der Gesellschaft weder Herz noch Seele verschließen. Der Ernst unserer Lage bringt es wohl mit sich, daß wir mehr denn je durch Einheit stark sind. Die Verfolgung der Kirche hatte seiner Zeit im preussischen Anteil alle häuslichen Anstöße verstummen lassen. Sollten denn die jetzigen schweren, gegen die Nationalität gerichteten Schläge einen geringeren Eindruck hervorrufen, als die einst gegen die Kirche erfolgten? Und doch fängt die alte polnische Uneinigkeit, namentlich wieder in der Provinz Posen an, stärker um sich zu greifen.

Noch zur Zeit der Versöhnungspolitik wurden Stimmen laut, die da behaupteten, daß dies ein falscher Weg sei, daß man der preussischen Regierung niemals trauen dürfe, daß die Loyalität nicht für polnische Nerven zugeschnitten sei, welche stets zur Übertreibung neigten und deshalb leicht in Erbitterung verfallen könnten. Dies waren zum Teil beachtenswerte Stimmen und die Tatsachen gaben ihnen insoweit recht, als diese Politik in

ihrem weiteren Verlauf trog und die erwarteten Früchte nicht zeitigte. Sollte sie aber von Anfang an gleich eine falsche gewesen sein? Ihre Anhänger behaupten, daß sie — und sei es auch nur aus dem Grunde — eine notwendige war, weil les absents ont toujours tort, doch geben sie zu, daß dieselbe heute, angesichts der veränderten Verhältnisse sich nicht weiter durchführen läßt. Es herrscht also eine grundsätzliche Einigkeit. Was bedeuten also die maßlosen Angriffe gegen die Abgeordneten, welche ihr seiner Zeit huldigten, namentlich gegen den heutigen Herrn Erzbischof und J. v. Roscielski? Sie haben sich ja beide von der aktiven Politik zurückgezogen und ihre Kollegen räumen heute selbst die Notwendigkeit einer Änderung der Taktik ein. Es tritt also hier der unglückselige polnische Fehler aorell in die Erscheinung, nämlich der, mehr Gewicht auf die Losungen, als auf die Programme, auf die Redensart, als auf den Inhalt, auf den Schein, als auf die Wirklichkeit zu legen.

Es gibt sicherlich keine Lösung, welche bei uns mit mehr Eifer und mit weniger Verständnis befolgt würde, als die demokratische. Sie verschafft Beliebtheit, billige Volkstümlichkeit, Beifall der Volksmengen und Einfluß für diejenigen, die von ihr geschickt Gebrauch zu machen verstehen. Die wahre Demokratie, sie ist das freie Arbeitsfeld, der freie Weg zu Ehren für alle, ohne Standesunterschiede, auf Grund und in Gemäßheit der um das Land erworbenen Verdienste. Das ist jedoch keine Parteienlösung, sondern eine wahrhaft nationale Lösung, welche sich bei uns jeder rechtsläufige Mensch aneignen muß. Deshalb haben die Unterschiede zwischen den angeblichen aristokratischen und demokratischen Parteien bei uns heutzutage keine Existenzberechtigung mehr. Der Adel besitzt heute keine Privilegien, auch nimmt er nicht das Recht des Übergewichts in Anspruch, er wünscht nichts anderes, als zusammen mit dem Volke, welches zu einem immer größeren Selbstbewußtsein gelangt, für das Wohl des Landes zu arbeiten. Die Wappenfrage kann in Privatangelegenheiten eine große Bedeutung haben, in öffentlichen Sachen hat sie aber aufgehört, eine Frage des gesellschaftlichen Übergewichts zu sein, wurde vielmehr eine Frage des Aufstiegs. Die sich oft wiederholenden Ausrufe: „Fort mit dem Adel“ haben deshalb keine größere Bedeutung, wie z. B. diejenigen: „Fort mit den Stanislaus“ oder den „Mladislaws“. Das Aufstehen einer angeblichen Adelpartei im Gegensatz zu einer Volkspartei hat deshalb keine reelle Unterlage, beruht vielmehr auf der Personenfrage und derjenigen des Redaktionsinteresses.

Im preussischen Anteil haben die gesellschaftlichen Angelegenheiten eine derartige Wendung angenommen, daß von Sonderinteressen der Stadt- und Landbewohner und von der Gründung einer Partei auf dieser Sonderstellung kaum die Rede sein kann. Es würde daher eher anrathen, die Interessen der Landarbeiter denjenigen der Fabrikarbeiter gegenüber zu stellen: ich sage der Fabrikarbeiter, denn die Existenz der ländlichen Arbeiter und sogar diejenige der Handwerker in der Provinz ist mit der Landwirtschaft zu eng verbunden, als daß sich ein Widerspruch der Interessen bemerkbar machen könnte. Diese Abweichung trat gelegentlich der Kolonialberatungen im Deutschen Reichstage aorell in die Erscheinung. Einerseits wurden die Rölle, als der angebliche Rettungsanker für die sinkende Landwirtschaft, kräftig in Schutz genommen, andererseits wurden sie, weil sie angeblich dem Volke das tägliche Brot verteuern sollten, leidenschaftlich bekämpft. Meiner Ansicht nach wurde auf beiden

Seiten stark übertrieben. Die Zölle werden weder das Brot verteuern, noch den Landwirten die Taschen füllen, sondern lediglich dem Staatsfiskus, welcher seit langer Zeit an chronischem Defizit leidet, zum Vorteil gereichen. Die Zölle können nur dann die Preise in die Höhe treiben, wenn die Landesproduktion nicht im Stande sein wird, die Nachfrage zu decken und die Auslandspreise sich nicht viel höher, als die Produktionskosten stellen. Dieser Fall liegt hier nicht vor, denn die Exportländer, wie Amerika, Australien, Sibirien und andere können bei niedrigerem Preise noch mit Gewinn produzieren; die Zölle werden also die Preise im Lande nicht in die Höhe treiben, sondern sie im Ausland sinken lassen. Die polnische Fraktion in Berlin hat, allerdings mit unbedeutender Mehrheit beschlossen, für die Zölle zu stimmen. Im Lande wurde dadurch große Verwirrung hervorgerufen; und von gewisser Seite wurde die Lösung ausgegeben, bei den künftigen Wahlen alle diejenigen Abgeordneten, welche für die Regierungsvorlage stimmten, auszuschließen. Für derartige Absichten hat der Deutsche eine recht zutreffende Bezeichnung; „es heiße, das Kind mit dem Bade ausschütten.“ Die Ausschließung erprobter und verdienstvoller Verteidiger unserer Sache lediglich aus dem Grunde, weil sie nach ihrer Überzeugung, wie dem auch sei, im Interesse des größten Teiles ihrer Wähler gestimmt haben, ist an und für sich widersinnig. Aus der großen Wolke würde sicherlich auch nur ein kleiner Regen entstehen, wenn sich hierbei nicht der Einfluß der Presse geltend machte.

Die Presse in der Provinz Posen, namentlich aber in der Stadt Posen selbst befindet sich in anderen Verhältnissen, als in der übrigen zivilisierten Welt. Es gibt hier keine reichen, weit verbreiteten Beziehungen in- und außerhalb des Landes besitzenden, eine sowohl geistige, als materielle Macht darstellenden Zeitschriften. Die größten politischen Blätter decken kaum die Verlagsunkosten; die kleineren rentieren sich zwar, doch erheben sie keinen Anspruch auf eine größere Bedeutung. Von einer engen Zusammengehörigkeit mit der Gesellschaft, von Redaktionszirkeln, welche die Blätter des Auslandes haben, wo nicht nur die ganze Richtung des Blattes, sondern auch die Stellung, welche es in den einzelnen Fällen einnehmen soll, einer erschöpfenden Besprechung seitens einer Anzahl gebildeter Menschen unterworfen wird, ist hier keine Rede. Die Schuld daran trifft die Gesellschaft selbst, welche ihre eigenen Blätter nicht genügend unterstützt, mit ihnen nicht genug mitarbeitet und die ganze Arbeit dem unglücklichen Redakteur aufbürdet, welcher sie nicht bewältigen kann und sich oft wider seinen Willen im Zirkel des lokalen Opportunismus bewegen muß. Von den weniger politischen, als vielmehr gesellschaftlichen Parteien müssen wir hier der Partei des sogenannten „Jungpolens“ eine besondere Aufmerksamkeit schenken. Die erste Anregung zur Gründung dieser Partei gab eine Anzahl junger Posener Ärzte und Rechtsgelehrter, welche sich zu dem Zwecke zusammaten, um volkstümliche Vorträge aus allen möglichen Gebieten der Wissenschaft zu halten. Diese achtenswerten, durch und durch patriotische, von edlen, wenn auch nicht immer durchführbaren Gedanken erfüllte Jugend fing natürlich auch von gesellschaftlichen und politischen Reformen zu schwärmen an. Wer hätte denn nicht in seinen jungen Jahren ein derartiges Verlangen gehabt; wem schien es nicht, daß die Verwirklichung seiner Träume die Welt in neue Bahnen lenken werde? Um „Jungpolen“ fingen an sich alle zu scharen, denen der gegen-

wärtige Lauf der Dinge mißfiel. Hieraus ging die sogenannte Volkspartei hervor, welche, die Versöhnungspolitik verdammend, ihr Heil in der Wiedergeburt der politischen Faktoren, der Anlehnung an ein körperlich und sittlich kräftiges Volk erblickt, von welchem sie annimmt, daß es bereits heute zum Selbstbewußtsein gelangt sei und sich selbst regieren könne. Man vergaß nur den einen Umstand, nämlich, daß das gesellschaftliche und nationale Selbstbewußtsein noch lange keine Vernunft und kein Verstand ist und daß zwischen Volk und Volkshäufen ein Unterschied ist. Heute ist den extremen Volksparteilern schon „Jungpolen“ nicht radikal genug und in Posen wird laut davon gesprochen, daß ein junger Rechtsanwalt, dem sein kühnes und bestimmtes Auftreten in sogenannter Volksrichtung das Abgeordnetenmandat eingebracht hatte, bei den nächsten Wahlen zurücktreten müßte, weil er noch nicht scharf genug vorgehe.

Möchte doch diese Gatt sich legen; möchten doch das Land wahrhaft liebende Menschen erkennen, daß sie sich weder durch ein starres Festhalten an der alten Taktik, noch durch übertriebene Neuerungen dem Lande nützlich machen. In unserer schwierigen Lage kann uns weder eine Versöhnungs- noch eine Volkslösung, sondern lediglich eine rein nationale Lösung erhalten und weiterführen.

Josif v. Mycielski (Kobylepole).

Aus Nr. 31 des Czas (Krakau)

vom 9. Februar 1903:

Aus Rußland nach der Provinz Posen.

Vor einiger Zeit brachten wir einen Aufruf der Ansiedlungs-Kommission an die in Rußland wohnenden Deutschen, worin sie zur Auswanderung nach der Provinz Posen aufgefordert wurden. Infolge dieses Aufrufs schreibt die Now. Wrem.: „Der Russe hat keine Veranlassung, sich darüber zu beschweren, daß die Deutschen aus Rußland zurückberufen werden, gleichwohl machen die Aufrufe der Ansiedlungs-Kommission einen traurigen Eindruck. Ein Beobachter der deutschen Agitation könnte jedoch zu der Schlussfolgerung kommen, die deutsche Ansiedlungs-Kommission habe gewisse unbewohnte Weltteile, Ländermassen, wie die Wüste Sahara, entdeckt und brauche Millionen von Menschen, um sie zu bevölkern. Es ist aber jedem bekannt, daß das Großherzogtum Posen weder dem Flächenraum, noch der Dichtigkeit der Bevölkerung nach der Sahara ähnlich ist. Abgesehen davon, daß dort ein sehr großer polnischer Landbesitz besteht und die Polen ohne Kampf nicht weichen, beherrschen auch schon die Deutschen große Länderstrecken.“

Leider können wir wegen Mangel an genauer Statistik nicht wissen wie viele Deutsche im (russischen) Staate wohnen. In den Gouvernements Wolhynien und Kijow sind etwa 600 deutsche Kolonien mit 100 000 Einwohnern vorhanden. In Betreff des deutschen Grundbesitzes wird amtlich festgestellt, daß in dem Gouvernement Wolhynien die Deutschen 190 000 Djesjatinen besitzen. Deshalb kann von vornherein behauptet werden, daß wahrscheinlich schon $\frac{1}{3}$ der russischen Deutschen hinlänglich ausreichen würde, um den unbewohnten Grund und Boden in dem Großherzogtum Posen, welchen die Deutschen an die Polen nicht abtreten wollen, zu besiedeln. Es ist daher unbegreiflich, weshalb die Ansiedlungs-Kommission seit einem Jahre in allen Winkeln des russischen Reiches, wo nur immer deutsche Ansiedler sind, so stark agitiert

und in den verheißten Aufrufen von einem Lande in der Provinz Posen spricht, in welchem Milch und Honig fließen und von Wohlstaten, mit welchen die aus Rußland zurückkehrenden Ansiedler überschüttet würden. Sollte nicht hinter der schon allzunervösen Agitation — unabhängig von dem politischen Kampfe mit den Polen — die Furcht stecken, daß den in Rußland ansässigen Landsleuten das Vaterland vollständig gleichgültig werden könne?

Wir finden tatsächlich in der russischen Presse viele Mitteilungen über die Agitation der Ansiedlungs-Kommission in Rußland, darunter jedoch nur wenige Einzelheiten, welche beweisen, daß die deutschen Ansiedler von den rührenden Versprechungen der Ansiedlungs-Kommission Gebrauch machten. Bei der genauen Prüfung dieser Angelegenheit fanden wir nur in der Zeitschrift Wotyn (Wolhynien) die Nachricht, daß sich 5000 deutsche Ansiedler zum Frühjahr unter den Schutz der Ansiedlungs-Kommission zu begeben beabsichtigten und daß bis jetzt kaum 40 Familien die Reise dorthin angetreten hätten. Indem wir von ganzem Herzen der Ansiedlungs-Kommission zu ihren Bestrebungen Glück wünschen, befürchten wir jedoch, daß zum Leidwesen der Ansiedlungs-Kommission und dem unsrigen die Mehrzahl der deutschen Ansiedler Rußland nicht verlassen wird. Sie leben ja hier ganz gut. Sie bemächtigten sich der jungfräulichen Wälder und Äcker, welche für lange Zeit, sogar ohne besondere Meliorationen, reiche Erträge versprechen. Auf gute Sachen verzichtet niemand."

Aus Nr. 82 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 19. Februar 1903:

Preussische Schikanen.

Die Preußen schikanieren auf Schritt und Tritt, wo sie nur können, die polnische Gesellschaft und erschweren ihr das Leben; sie wenden auch alle Mittel und Wege an, um der polnischen Landbank (bank ziemski), welche mit Erfolg die Tätigkeit der Ansiedlungs-Kommission lähmt, hinsichtlich der Güterparzellierung und der Gründung neuer polnischer Ansiedlungen Hindernisse in den Weg zu legen. In dieser Beziehung sind die Schikanen mitunter geradezu absurd, wofür das nachstehende Beispiel als Beweis dienen möge.

Die polnische Landbank hatte einen Teil des Gutes Mielschin parzelliert. Einige Grundstücke erwarben die Landwirte aus der Stadt, den Rest

kauften die Schlesier. Die Bank baute für die Ansiedler Häuser und Wirtschaftsgebäude, aber die preussischen Behörden unterjagten den Ansiedlern, in den Häusern zu wohnen, so daß sie mit ihren Familien in Schweine- und Kuhställen während des Winters schlafen und ihr Essen unter dem freien Himmel kochen müssen. Es geschieht also den Leuten ein barbarisches Unrecht, welches wir sogar kaum glauben könnten, wenn es nicht wirklich eine Tatsache wäre.

Hierbei kommen die bekannten, zu Recht bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Betracht. . . .

Die Bank erhielt den Konsens zum Bau von Wirtschaftsgebäuden und Wohnhäusern in Mielschin und verkaufte die Ansiedlungen an Schlesier. Die preussische Regierung mußte sich damit einverstanden erklären. Nachdem sie dies getan, verbot sie gleichzeitig: a) Der alten Mielschiner Gemeinde, die neuen Ansiedler bei sich aufzunehmen; b) die Erlaubniserteilung zur Gründung einer neuen Gemeinde machte sie von der Bedingung abhängig, die Bauern sollten 20 000 Mark aufbringen und in Mielschin ein neues Schulhaus errichten, andernfalls sie ihnen nicht gestatten werde, die Wohnhäuser zu beziehen. Den Bauern kann natürlich als preussischen Staatsangehörigen und Besitzern niemand verbieten, den Grund und Boden zu bestellen und in Mielschin zu wohnen. Da die Leute jedoch 20 000 Mark nicht besitzen und auch nicht aufbringen, wohnen sie in Kuh- und in Schweineställen. Früher begaben sie sich heimlich in ihre Wohnhäuser, doch die Gendarmen, als Hüter des Gesetzes, haben ihre Wachsamkeit dermaßen gesteigert, daß die Ärmsten jetzt bei dem größten Unwetter und Frost sich in Löchern, wie das Vieh, verbergen müssen. In Preußen ist es also nicht gestattet in einem zu niedrigen, den Erfordernissen der Gesundheitspflege nicht entsprechenden Hause zu wohnen; es ist jedoch erlaubt, ja man muß sogar, und zwar jahrelang, mit den Schweinen zusammen in einem Stalle schlafen! Die Gendarmen revidieren jeden Morgen, ob nicht jemand des Nachts in seinem Bette geschlafen habe und wenn sie Spuren des Übernachtens entdecken, wird sofort behördlicherseits eine Geldstrafe festgesetzt, welche mit jeder Übertretung des Verbots größer wird. Zur Zeit bestreut der Gendarm jeden Abend jede Wohnung mit Sand und überzeugt sich früh, ob sich nicht menschliche Fußspuren auf dem Sande bemerkbar machen.

Auf diese Weise will die preussische Regierung die Schlesier zwingen, Mielschin zu verlassen und den Grund und Boden an Deutsche zu verkaufen. Großmütige preussische Zivilisation!

